

Broschüregruppe (Hrsg.)

...nicht vom Himmel gefallen

Rechtsextremismus in Jena



Recherche- und Dokumentationsbroschüre

IMPRESSUM

NICHT VOM HIMMEL GEFALLEN -
RECHTSEXTREMISMUS IN JENA

eine Recherche- und Dokumentationsbroschüre der Broschüregruppe „...nicht vom Himmel gefallen“ (Hrsg.)

Texte: Texte von der Redaktion, alle anderen Texte mit freundlicher Genehmigung der AutorInnen.

Fotos: Alle Rechte liegen bei den jeweiligen FotografInnen. Die Fotos von R.Wohlleben und R.Artmann stammen von der Homepage des NPD-Kreisverbandes Jena. Das Foto von Christian Kapke stammt von seiner Homepage „lichttaufe.de“.

Layout: Paul Waurick, Matthias Stadler

Redaktion: Franka Hessler, Katharina J. Aschenbrehner, Tilman Klein, Petra M. Kirschey, Paul Waurick, Alexander P. P. Däniken

E-mail: broschuere@japs-jena.de

V.i.S.d.P.: Franka Hessler, Broschüregruppe, c/o JAPS Jena, Schillergäßchen 5, 07745 Jena

Auf Anfrage senden wir Ihnen gerne eine ständig aktualisierte Liste mit Kontaktadressen und weiterführender Literatur zu.

Verantwortlich für den Inhalt ist Franka Hessler.

Diese Veröffentlichung wird gefördert nach Artikel 6 des ESF aus Mitteln des Pilotprojektes der Europäischen Gemeinschaft „Lokales Kapital für soziale Zwecke“.

Der Fördermittelgeber übernimmt keine Haftung für den Inhalt der Broschüre.

Dank für Unterstützung und gute Zusammenarbeit geht an: JAPS Jena, Antifa Archiv Jena/Thüringen, The VOICE e.V., JG Stadtmitte Jena, Zentrum Demokratische Kultur Berlin, ReFIT e.V., IG Metall Jena, Gewerkschaft hbv, Anetta Kahane, Michael Ebenau, Lothar König, Sylke Kirschnick, Frau Barth, sowie alle anderen, die uns geholfen haben, unser Projekt in dieser Form zu verwirklichen.

Nachdruck: In antifaschistischen Publikationen mit Quellenangabe, andere Publikationen nur nach Rücksprache und mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion.

Jena im April 2001

INHALT

>>> TECHNIX

02 >>> IMPRESSUM

04 >>> VORWORT

>>> STRUKTUREN

05 >>> JENAER NOTIZEN - EIN
ÜBERBLICK

21 >>> NPD UND JN IN JENA

>>> OPFERPERSPEKTIVE

11 >>> „SOETWAS TUN DOCH NUR DUMME
MENSCHEN“

16 >>> AM „HERRENTAG“ DIE SAU
RAUSGELASSEN

20 >>> EIN SCHÖNER TAG IM APRIL

>>> DOKUMENTATION

12 >>> DOKUMENTATION RECHTER
GEWALTSTATEN IN JENA

>>> IDEOLOGIE & HINTERGRUND

30 >>> ...NICHT VOM HIMMEL
GEFALLEN

35 >>> BURSCHENSCHAFTEN
UND ANDERE HERRENREITER

39 >>> NEOFASCHISTISCHE
(KENN)ZEICHEN

>>> INTERVENTION

24 >>> SCHULE UND
RECHTSEXTREMISMUS

32 >>> ZUR SITUATION
VON MIGRANTINNEN

...NICHT VOM
HIMMEL GEFALLEN

Nach mehreren Monaten Arbeit können wir sie nun endlich präsentieren: unsere Broschüre zu Nazi-Strukturen und -Übergriffen in Jena. Werfen wir einen Blick zurück: Anlaß für uns selber, Übergriffe zu sammeln und bekanntzumachen waren die zunehmenden Übergriffe und Propaganda der JN auf dem Weihnachtsmarkt 1999 und der brutale Überfall auf die JG Stadtmitte am „Männertag“ 2000. Letzterer bereits zu einem Zeitpunkt, als rechtsextreme Gewalt nicht mehr totzuschweigen war und zunehmend in den Medien diskutiert wurde.

Darüber waren wir allerdings auch mehr als überrascht: konnte doch vorläufig im Vergleich zu den vergangenen Jahren kein nennenswerter quantitativer Anstieg der rechtsextrem und rassistisch motivierten Straftaten verzeichnet werden - sie befinden sich seit 1996 in Thüringen auf einem konstant hohen Niveau.¹ Als nun (März 2001) die Zahlen über rechtsextremistische Straftaten um knapp 50% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen waren, griff Innenminister Christian Köckert auf ein altbekanntes Reaktionsmuster zurück: Verharmlosen und Schönreden. In Thüringen würden mehr Straftaten als in anderen Bundesländern erfasst, bspw. auch solche unter Alkoholeinfluß; die Zahlen seien deshalb nicht vergleichbar. Bis Ostern wolle man neue Zahlen vorlegen.² Nachtigall, ick hör dir trapsen. Wir sehen die derzeitigen Bemühungen gegen Rechtsextremismus allerdings auch ins Leere laufen, da der derzeitige Diskurs immer mehr nur noch das Problem der Gewaltanwendung und weniger die dahinterstehende Ideologie thematisiert. Mit einem NPD-Verbot verschwindet leider nicht die autoritär eingestellte Mehrheit der Gesellschaft, die auch weitgehend rassistischen Stereotypen verhaftet ist³. Eher mit Grauen denn Erleichterung

betrachten wir die Einschränkungen von Grundrechten unter dem Deckmantel der „Bekämpfung des Rechtsextremismus“, egal ob es sich dabei um die massenhafte Einführung von Videoüberwachung, polizeirechtlich nicht gedeckte Hausdurchsuchungen bei Neonazis oder den Vorstoß des Justizministers Birkmann zur Einschränkung des Jugendstrafrechtes handelt.

Wir können Bundestagspräsident Wolfgang Thierse nur zustimmen, wenn er sagt, „Rechtsextremismus [komme] ... aus der Mitte der Gesellschaft“. Am Umgang mit Rechten hat sich trotzdem nicht viel geändert: Neonazis und Rassisten werden als Randgruppenproblem wahrgenommen, dem man mit staatlicher Repression bzw. verstärkter Jugendarbeit begegnen könne. Über die Ursachen, die möglicherweise direkt mit der Verfasstheit dieser Gesellschaft zusammenhängen, wird nicht weiter debattiert. Beispielsweise sind es immer nur wenige, die auf die Situation von Flüchtlingen in diesem Land aufmerksam machen. Wenn Menschen ohne deutschen Paß allerdings per Gesetz wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden und sich nicht einmal frei auf deutschem Bundesgebiet bewegen dürfen, sollte man sich nicht wundern, dass sich dadurch rassistische Schläger ermutigt fühlen, auch einmal „die Sau rauszulassen“. Was Politiker per Gesetz bestimmen - Flüchtlingen ein menschenwürdiges Leben zu verweigern und ihnen deutlich zu zeigen, daß sie hier unerwünscht sind (es sei denn, sie sind IT-Spezialisten) - setzen Neonazis dann nur noch mit anderen Mitteln um.

Werden Neonazis allen Erfahrungen und stetigen Verharmlosungen zum Trotz doch einmal öffentlich wahrgenommen, dann meistens weil „die Studenten aus Angst wegbleiben“, die Weltöffentlichkeit auf die massiven na-

zistischen Übergriffe aufmerksam wird und damit der Standortwahlweise die eigene Stadt oder auch gleich ganz Deutschland gefährdet ist; nur selten aber aufgrund der meist am Rande der Gesellschaft stehenden Opfer oder der stetigen Übernahme rechter Denkmuster in die „Alltags“- und Stammtischpolitik.

Unser Anliegen mit dieser Broschüre war damit einerseits, den Blick v.a. auf die Opfer zu richten, andererseits aber auch den Zusammenhang zwischen der sogenannten „demokratischen Mitte“ und ausgewiesenen Rechtsextremisten aufzuzeigen und zu verdeutlichen, daß es eine starke, organisierte rechte Szene in Jena und Thüringen gibt. Dabei erachten wir es auch als nötig, bekannte Neonazis aus der Anonymität zu ziehen und namentlich zu outen. Zivilcourage heißt eben auch im konkreten Falle „Gesicht zu zeigen“ und Rassisten und Rechtsextremisten als solche zu benennen und ihnen keinen Schutz in der Menge, d.h. in der Schule, auf Arbeit, in der Uni zu geben.

Trotz unserer etwas resignativen Einschätzung werden wir Rassismus und Faschismus weiterhin nicht in unserer Gesellschaft tolerieren.

Wir werden jederzeit den Mund aufmachen, wenn wir auf autoritäre, nationalistische und rassistische Denk- und Handlungsweisen treffen! Und: Zur Veränderung kann jeder und jede Einzelne etwas beitragen!

In diesem Sinne

Broschüregruppe „... nicht vom Himmel gefallen!“

Fußnoten:

- 1: vgl. VS-Berichte 1992-1999
- 2: vgl. TLZ vom 13./14. März 2001
- 3: vgl. dazu auch Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsextremismus und Gewalt“, Herbst 2000

JENAER NOTIZEN -

EIN ÜBERBLICK



Die Stadt Jena gehört zu jenen Städten in Ostthüringen, in denen sich der Rechtsextremismus seit Jahren etabliert hat. Die örtliche Neonaziszene agiert dabei nicht lokal begrenzt, sondern vor allem in Ostthüringen, aber auch in bundesweiten Zusammenhängen vernetzt. Im Folgenden wird der Versuch unternommen, historische und organisatorische Linien nachzuzeichnen. Dabei kann allerdings Jena nicht isoliert betrachtet werden, da ansonsten die regionalen Vernetzungen nicht in den Blick kommen.

Zunächst aber noch einige Anmerkungen zur Stadt selbst: Jena hat knapp 100.000 Einwohner, davon etwa 95.000 mit deutscher Nationalität. Die Arbeitslosenquote liegt leicht unterhalb des thüringischen Durchschnitts bei derzeit etwa fünfzehn Prozent. Die Stadt ist Sitz der Friedrich-Schiller-Universität mit etwa 14.000 und einer Fachhochschule mit 3.200 Studierenden. Der wirtschaftliche Schwerpunkt liegt in der optoelektronischen Industrie, darüber hinaus gibt es traditionsreiche Unternehmen der Glas- sowie der Pharmaindustrie. Viele Unterneh-

men sind in weltweite Zuliefer- und Abnehmerbeziehungen integriert.

Genese des Rechtsextremismus

Jena gehört zu jenen ostdeutschen Städten, in denen Neonazis auch vor 1989 aktiv waren. Bereits in den achtziger Jahren gab es hier und in nahe gelegenen Orten eine Szene, die durch ihr Auftreten als Skinheads Opposition zur DDR demonstrierte. Dies als unpolitische oder jugendkulturelle Opposition gegen ein autoritäres System charakterisieren zu wollen, greift zu kurz: Gerade Jena war in diesen Jahren auch Ort einer linksalternativen Opposition, nicht zuletzt der Friedensbewegung: Sich hier als Skinhead zu bewegen, musste und sollte deutlich und bewusst als neofaschistische Variante der Opposition aufgefasst werden.

Zwischen zwei Republiken

Ab 1989/90 konnten die bereits agierenden Neonazis offen auftreten und werben. Als Rädelsführer traten diejenigen auf, die schon seit Jahren aktiv waren und dies zumindest zum Teil noch heute sind. Überfälle auf selbst definierte Gegner gehörten zum Alltag: Mehrfach wurden Ausländer angegriffen, ebenso das alternative Jugendzentrum "Kassablanca" sowie ein Wohnprojekt linksalternativer Jugendlicher in der Karl-Liebknecht-Straße 58. Auch die Junge Gemeinde Stadtmitte (JG), Treffpunkt linksalternativer Jugendlicher, war wiederholt Objekt der Aggression. Am 20. April 1990 wurde der Geburtstag Hitlers mit Reichskriegsflagge "gefeiert", am Himmelfahrtstag ("Herrentag") sowie in der Nacht zum 3. Oktober 1990 jeweils das genannte Wohnprojekt überfallen. Dies alles setzte sich 1991 mit gleichen Zielen fort, im Zentrum standen die JG, das "Kassablanca" sowie ein neues Wohnprojekt in der Elsa-Brandström-Straße 6. Im Juni und September diesen Jahres wurden zudem organisierte Überfälle gegenüber türkischen bzw. vietnamesischen Staatsbürgern registriert. (Rainer Fromm: Rechtsextremismus in Thüringen, Erfurt 1992, S. 9)

Zu dieser Zeit gab es ausgeprägte Kontakte sowohl zur damals noch nicht verbotenen FAP als auch zur NPD, die beide in Thüringen feste Strukturen entwickelten. Eine der zentralen Personen dabei war der Weimarer Thomas Diemel, einst FDJ-Sekretär, nun am Auf- und Ausbau der NPD-Strukturen beteiligt. 1991 trat Diemel aus der NPD aus und grün-

dete 1992 die "Deutsch Nationale Partei" (DNP), die regional auf Thüringen beschränkt blieb. Im September 1992 berichtete das Fernsehen darüber, dass DNP-Mitglieder Wehrsportgruppen trainierten. Dienel wurde inhaftiert und verurteilt, gehört aber bis heute zu den wichtigsten Drahtziehern im rechten Netz Thüringens - und dies mit engen Kontakten auch zu Jenaer Neonazis. (u.a. im Rahmen der "Deutschen Alternative", vgl. Bernd Wagner, Hg.: Handbuch Rechtsextremismus, Hamburg 1994, S. 81 und S. 85)

Die "Republikaner"

1993 erhielten die "Republikaner" größere Aufmerksamkeit: Die Stadtratsfraktion der DSU löste sich auf, zwei Stadtverordnete traten den "Republikanern" bei und verschafften ihr somit eine Vertretung im Stadtparlament. Öffentliche Proteste blieben begrenzt, allerdings auch die Dauer der parlamentarischen Präsenz: Bei den Kommunalwahlen 1994 scheiterte die Partei an der Fünf-Prozent-Grenze. Einer der beiden Repräsentanten, Dr. Heinz-Joachim Schneider, als Angestellter bei

Führender Kopf in Ostthüringen ist Tino Brandt aus Rudolstadt, 1992 an der Organisation des Rudolf-Hess-Marsches beteiligt und 1994 Organisator eines Skin-Konzertes in Rudolstadt. Anti-Antifa und Tino Brandt arbeiten eng mit anderen neonazistischen Organisationen und Personen zusammen und integrieren sich in bundesweite Zusammenhänge. Seit 1996 firmiert die Anti-Antifa Ostthüringen als "Thüringer Heimatschutz" (THS). Die Berichte des Landesamtes für Verfassungsschutz bezifferten 1998/99 die Zahl der Beteiligten jeweils auf etwa 120, u.a. in Saalfeld, Rudolstadt, Jena, Kahla, Weimar und Gera. Zu den führenden Figuren neben Tino Brandt zählt seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre der Jenaer André Kapke.



Der Thüringer Heimatschutz präsentiert sich auf seiner

Massenaufmarsch in Rudolstadt

Am Abend des 15. August 1992 blickte die Öffentlichkeit entsetzt auf Rudolstadt, vierzig Kilometer von Jena entfernt: Fast 2.000 Neonazis aus dem In- und Ausland konnten hier nahezu unbehelligt einen "Rudolf-Hess-Gedenkmarsch" durchführen. Daran war natürlich auch die gesamte Thüringer und Jenaer Szene beteiligt.

In Jena selbst traten Neonazis weiterhin offen auf: Tagelang befindet sich ein kleines Zeltlager im Stadtteil Lobeda, von dem aus wiederholt Menschen angegriffen werden.

der JENOPTIK AG beschäftigt, schaffte einige Jahre später die Wahl in den Ortschaftsrat Lobedas, mit 30.000 Menschen größter Stadtteil Jenas. Seit August 1998 ist er Vorsitzender des Landesverbandes Thüringen seiner Partei.

Anti-Antifa

1994 trat erstmals die sogenannte "Anti-Antifa Ostthüringen" an die Öffentlichkeit. Sie begreift sich als Bestandteil der militanten Neonazi-Szene mit einem Schwerpunkt in der Beobachtung und Bedrohung von Antifaschisten. Auf Bundesebene wurde das Anti-Antifa-Konzept 1992/93 begründet und mit der Veröffentlichung einer Liste von potentiellen Opfern in einer neofaschistischen Publikation in seiner Zielrichtung publik.

Bombenbastler

Im September 1997 wurde am Jenaer Theater ein Koffer mit einigen Gramm Sprengstoff, jedoch ohne Zünder gefunden. Außen war er mit einem Hakenkreuz versehen. Andernorts tauchten weitere Bombenattrappen auf. Am 26. Januar 1998 durchsuchte die Polizei mehrere Wohnungen und Garagen in Jena. Obwohl sie in den Tagen zuvor zum Teil observiert wurden und zum Teil gar inhaftiert waren, konnten die THS-Mitglieder Uwe Bönhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe untertauchen. Sie waren der Herstellung von Bombenattrappen und Sprengkörpern verdächtig, bei der Durchsuchung wurden u.a. vier funktionsfähige Rohrbomben gefunden. Den drei genannten Personen gelang die Flucht, sie wurden bis heute nicht gefasst. Der zuständige Staatsanwalt Arndt Köppen aus Gera mochte weder bestätigen noch dementieren, dass der Sprengstoff aus einem Überfall im Jahre 1991 auf eine Bundeswehrekaserne im nahen Großbeutersdorf (bei Kahla) stammte. (TAZ vom 4. März 1998)
Woher der Sprengstoff stammt,

mit dem sich ein anderer Jenaer Rechtsextremist beim Versuch der Bombenherstellung selbst in die Luft sprengte, ist ebenso unbekannt. Während die ermittelnden Behörden zum Zeitpunkt des Geschehens selbst jeglichen Zusammenhang mit rechtsextremen Motiven abstritten, offenbarte das Landesamt für Verfassungsschutz eben diesen politischen Hintergrund im Frühjahr 2000.

Staatliche Förderung

Ermittelt wurde in diesem Zusammenhang auch gegen Andre Kapke, eng mit den drei Flüchtigen befreundet. Allerdings blieben diese Ermittlungen ergebnislos. Kapke konnte sich indes über eine neue Verdienstquelle freuen: Mit 23000,- DM Existenzgründungshilfe aus dem Thüringer Sozialministerium wurde im November 1997 in Erfurt unter dem Namen "Neues Denken" ein rechtes Zeitungsprojekt konstituiert, an dem sowohl Thomas Dienel als auch Kapke mitarbeiten, darüber hinaus auch ein Aktivist der Deutschen Volks-Union (DVU) Gerhard Freys. Das Landesamt für Verfassungsschutz schien ahnungslos, erst Medienveröffentlichungen stoppten den Skandal.

Im Juni 2000 wurde eine weitere Ebene staatlicher "Förderung" der Thüringer Neonazis publik: Thomas Dienel (vgl. oben) offenbarte in einem Fernsehinterview seine bezahlte Arbeit für das Landesamt für Verfassungsschutz. Das Innenministerium gab an, für die Zusammenarbeit zwischen Mai 1996 und August 1997 etwa 25.000,- DM an Dienel gezahlt und im Gegenzug etwa achtzig, meist unbrauchbare Hinweise erhalten zu haben. Dienel betrachtete das Geld des Verfassungsschutzes als Unterstützung seiner politischen Zusammenhänge und nutzte es seinen Angaben zufolge zur Finanzierung rechts-

extremen Propagandamaterials. (Ostthüringer Zeitung vom 9. Juni 2000.) Wie oben nachzulesen, erhielt er ja wenig später bereits neue Alimentierung.

Schwerpunkt Saalfeld

Ebenfalls 1997 gelang es der organisierten Rechten, eine Gaststätte in Heilsberg bei Saalfeld anzumieten. Hier fanden ab jetzt regelmäßige "Mittwochstreffe" und andere Veranstaltungen statt, Heilsberg entwickelte sich bis zur Kündigung durch den Vermieter 1998 zum logistischen Zentrum insbesondere des THS.

In diesem Zusammenhang konzentrierten sich die Neonazis mehr und mehr auf Saalfeld und Umgebung, wo sie äußerst erfolgreich am Aufbau einer hegemonialen Stellung im Stadtteil Gorndorf arbeiteten. Auch hier waren Tino Brandt und Andre Kapke führend. Letztlich aber konnte das Konzept verhindert werden: Im Umfeld der Durchsetzung des Verbots einer antifaschistischen Demonstration in Saalfeld wurde die genannte Gaststätte in Heilsberg im Oktober 1997 durchsucht und ein massives Waffenarsenal gefunden. Angesichts der Durchführung einer großen Antifa-Demonstration im März 1998, die bundesweite Auf-

merksamkeit auf die Stadt lenkte, sowie der zehn Tage später erfolgten Ermordung einer vierzehnjährigen Saalfelderin durch einen Fünfzehnjährigen aus dem Umfeld der örtlichen rechten Szene gerieten die neonazistischen Gruppen unter Druck. Ihre Bewegungsfreiheit wurde eingengt, Kapke und andere orientierten sich wieder mehr nach Jena. Hier wurden zum Ende der neunziger Jahre hin einige neue bzw. akzentuiertere Strategien sichtbar.

Gegnerbezug

Zum einen arbeiten sich die Jenaer Neonazis nun vermehrt an ihren selbsternannten Gegnern ab. Dies ist vor allem die JG Stadtmitte, die sich sehr intensiv an Vorbereitung und Durchführung der Antifa-Demonstration in Saalfeld beteiligt hatte. Wiederholt standen Neonazis vor der JG und wollten entweder an Veranstaltungen "teilnehmen" (s.u.) oder das Gebäude stürmen. Am 10. Oktober 1998 beispielsweise konnte ein Überfall von etwa vierzig Jenaer und Saalfelder Neonazis durch die Polizei verhindert werden. Im Dezember 1999 wurde informell bekannt, dass die Jenaer Szene mit erhoffter Verstärkung von außerhalb einen Überfall plant, da die Verstärkung ausblieb, unterließen die etwa



Die Wagnergasse nahe dem Johannistor ist die „Kneipenmeile“ der Jenaer Innenstadt.

fünzig bis sechzig bereits versammelten Neonazis den Überfall.

Der Schafspelz

Zum anderen versucht der THS

Sie haben keine Clubräume oder sonstigen Einrichtungen, die für sie da sind. Deshalb treffen sie sich auf Straßen, hinter Plattenbauten oder auf Spielplätzen. Sie haben keinen Jugendpfarrer, der sich um sie kümmert. Ihnen wird

Januar 1999 bei einer von der Stadt eingeladenen Diskussionsveranstaltung zum Thema "Rechtsextremismus" in der Jenaer integrierten Gesamtschule dann eine andere Strategie: Hier verzichtete der THS auf direkte Einschüchterung und konzentrierte sich auf eigene "Diskussionsbeiträge", in denen das Bild einer vernachlässigten und ausgegrenzten (rechten) Jugend gezeichnet wurde. Ähnlich das Vorgehen im August und Dezember 1999 bei zwei von SPD bzw. Friedrich-Naumann-Stiftung organisierten Veranstaltungen in Jena. Vergeblich Einlass suchten sie hingegen im Oktober 1999 bei einem Diskussionsabend der JG Stadtmitte und im Februar 2000 bei einer Filmveranstaltung des DGB im Jenaer Gewerkschaftshaus zum Thema "Rechtsextremismus in Thüringen".



Tino Brandt

Anfang und Mitte der 90er Jahre fungierte der aus Bad Blankenburg stammende Tino Brandt als Mitorganisator von Rudolf-Hess-Demonstrationen. Weiterhin meldete er am 14. Mai 1994 in Rudolstadt ein Nazirockkonzert an, zu dem ca. 350 Nazis aus der gesamten BRD kamen. Er war eine der Kontaktpersonen der Anti-Antifa Ostthüringen (aus der später der THS hervorging). Um ihn herum bildete sich 1996 der "Deutsche Freundeskreis" (DFK), dessen Hauptbetätigungsfeld die Rekrutierung und Vernetzung rechter Jugendlicher im Landkreis war. Seit Mitte der 90er arbeitet er beim rechtsextremistischen „Nation und Europa“-Verlag in Coburg. Etwa zur selben Zeit schrieb er im Thule-Netz (einem rechten Mailboxsystem) unter dem Pseudonym Till Eulenspiegel. Seit 1999 arbeitet er als Landespressesprecher der NPD, ab 2000 kam die Position des stellvertretenden Landesvorsitzenden bei den Nationaldemokraten noch hinzu, während er das Pressesprecheramt vor einigen Monaten niederlegte. Ab 2000 meldete er die Homepage des Thüringer Heimatschutzes an, dessen Pressesprecher er ebenfalls ist. Er unterhält gute Kontakte zu Nazis aus Jena: so hielt er am 17.10.1998 bei einem Naziaufmarsch gegen die Junge Gemeinde Stadtmitte eine Rede, am 27.02.1999 beteiligte er sich an einem NPD-Infostand gegenüber der Stadtkirche und am 01.12.1999 kam er gemeinsam mit dem Referenten (und seinem Arbeitgeber von „Nation und Europa“) Peter Dehoust zu einer Veranstaltung der rechten Burschenschaft "Jenensia". Für den Jenaer Nazi Andre Kapke meldete er eine Homepage für dessen "Heidenschmuck-Versand" an.

in der bürgerlichen Öffentlichkeit, den Eindruck des gesprächsbeeren, selbst von angeblicher "linker Gewalt" betroffenen und von der Gesellschaft zu Unrecht Ausgestoßen zu erwecken. Immer wieder versuchen Ostthüringer Neonazis (mit unterschiedlichem Erfolg) an öffentlichen Diskussionen teilzunehmen und diese Bilder zu vermitteln. Beispielhaft für diese Rolle ist der Inhalt eines Flugblattes der Jungen Nationaldemokraten, das im Dezember 1999 auf dem Jenaer Weihnachtsmarkt verteilt wurde: "Aber wer sind diese Rechten wirklich? Es ist die Jugend, die keiner will.

keine Möglichkeit zur sinnvollen Freizeitgestaltung gegeben." (Flugblatt der Jungen Nationaldemokraten Jena, "Denkanstöße zum Weihnachtsmarkt 99") Einige Beispiele für die Praxis der "Teilnahme" an Diskussionsveranstaltungen: Ende Januar 1998 wurde in Saalfeld eine DGB-Veranstaltung "besucht", die Diskussion dominiert, andere Teilnehmer eingeschüchtert und fotografiert. Gleiches geschah im Mai 1998 bei einer Veranstaltung im Saalfelder Stadtteil Gorndorf zum Thema "Grenzen und Möglichkeiten der Sozialarbeit". Im

Rechtes Organisationsangebot

Zum Dritten erfolgte nach der Abwahl des ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden Frank Golgowski (er war Anfang der neunziger Jahre direkter Nachfolger Dienels in dieser Funktion) 1998 zwar eine engere Anbindung an die NPD, gleichwohl aber agiert in Jena ein breites rechtes Netzwerk, das kaum Konkurrenzverhalten erkennen lässt. Während die Öffentlichkeit vielfach auf eine gegenseitige Neutralisierung konkurrierender rechter Organisationen hofft, ergänzen sich diese eher und erweitern die Angebotspalette für rechte Jugendliche. Für die Öffentlichkeit wurde die Kooperation erstmals am 18. Juli 1998 sichtbar, als der THS an einer Wahlkampfkundgebung der Republikaner in Jena teilnahm. Hauptredner der Republikaner war ihr Bundesvorsitzender Schlierer, der sich vom Auftreten des THS jedenfalls nicht irritieren ließ und erst recht nicht abgrenzte. Im

Januar 1999 traten bei der bereits erwähnten Diskussionsveranstaltung in der integrierten Gesamtschule Jenas die rechten Gruppen wiederum in trauriger Gemeinsamkeit auf: Vertreter der Republikaner und einer Burschenschaft saßen neben Andre Kapke und ergänzten sich auch in ihren "Diskussionsbeiträgen" vortrefflich.

Im Dezember 1999 wurde eine weitere Ebene der Zusammenarbeit aufgedeckt: Nachdem wiederholt berichtet wurde, dass die Burschenschaft "Jenensia" Diskussionsveranstaltungen auch für den THS geöffnet hatte, sollte nun mit Peter Dehoust einer der bekannteren neonazistischen Demagogen bei der "Jenensia" auftreten. Gegen-demonstranten und Medienbeobachter stellten fest, dass auch hier THS, Burschenschafter und Republikaner einträchtig miteinander im Veranstaltungsraum saßen und bekannte örtliche Neonazis den Saalschutz organisiert hatten. Nachdem die Jenensia einen Teil ihrer Mitglieder aufgrund der kritischen Diskussionen in der Öffentlichkeit ausgeschlossen hatte, gründeten diese Mitte Februar 2000 in Jena eine neue Burschenschaft, die "Normannia". (Ostthüringer Zeitung vom 9. März 2000.) Festredner war der ehemalige Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU), dem immer wieder Kontakte zu rechtsextremen Kreisen nachgewiesen werden. Sein Auftritt signalisierte gleichzeitig die Bedeutung der Jenaer Region für die bundesweiten Zusammenhänge des rechten Spektrums.

Weitere Organisationszusammenhänge, in denen sich THS-Mitglieder bewegen sind die Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO), ein "Bildungswerk für Politik und Kultur", unter dessen Deckmantel im September 1999 kommunale Räume für eine Veranstaltung angemietet werden konnte und die Liedergruppe "Eichenlaub". Doch auch andere

Musikrichtungen werden bedient: Im November 1999 fand ein "Blood and Honour"-Konzert in Schorba, einem Dorf ganz in der Nähe Jenas statt. Über 1.000 Skinheads aus ganz Deutschland reisten zu einem Konzert in den örtlichen Landgasthof, wo u.a. die Szene-Bands "Radikahl" und "Stahlgewitter" auftraten. Die Polizei, vom Verfassungsschutz offensichtlich nur unzureichend informiert, schritt erst ein, als gegen Ende der Veranstaltung der Gasthof verwüstet wurde.

Empirisches Material

Empirisches Material über die Verbreitung rassistischer und rechtsextremistischer Ideologie liegt für Jena nicht vor. Lediglich eine nicht-repräsentative Befragung aus dem Jahre 1999 gibt einige wenige Anhaltspunkte: Im Auftrag des Jugendamtes der Stadt Jena führte das Psychologische Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena eine Befragung von 600 Schülerinnen und Schülern an sechs Schulen der Stadt durch. Resultat: "Die Ergebnisse der Befragung vermitteln ein breites Meinungsbild. So stimmen beispielsweise zwanzig Prozent aller Befragten rechtsextremen Einstellungen zu. Und sechzehn Prozent akzeptieren in diesem Zusammenhang sogar Gewalt. Allerdings ist dieser Anteil an Regelschulen weitaus höher als an den Gymnasien. Insgesamt zeigten sich immerhin zwölf Prozent aller Befragten bereit, gegen Ausländer Gewalt anzuwenden." (Ostthüringer Zeitung vom 16. Juli 1999) Neun Prozent der Gymnasiasten und 35 Prozent der Regelschüler betrachteten sich bei dieser Befragung selbst als rechtsgerichtet. (Thüringer Landeszeitung vom 16. Juli 1999) Reaktion eines Schuldirektors, dessen Schule in die Befragung einbezogen war: Diese Tendenz könne dem Image

einer Schule schaden. (Ebenda) Die Wahlergebnisse in Jena ergeben bislang ein anderes Bild, die rechten Parteien spielen keine besonders bedeutende Rolle. Allerdings lässt die Addition der Stimmenanteile rechter Parteien bei den Landtagswahlen 1999 im Saale-Holzland-Kreis, der Jena umschließt, Gefahrenpotentiale sehr wohl erkennen: DVU, Republikaner und NPD erreichten gemeinsam 4,6 Prozent der Stimmen im Wahlkreis I und 5,1 Prozent im Wahlkreis II.

Anlässlich der Wahlen zum Ortschaftsrat Jena-Winzerla im Juni 2000 kandidierte mit Ralf Wohlleben ein bekanntes Mitglied des Thüringer Heimatschutzes und des NPD-Landesvorstandes. Sein Wahlkampf bot ihm Gelegenheit, an die Öffentlichkeit zu treten und um Akzeptanz zu werben. Bei einer Befragung der drei Ortsbürgermeisterkandidaten offenbarte ausgerechnet der SPD-Bewerber Daniel Bohnsack positive Überraschung darüber, "wie die Jungs sich einbringen", während der parteilose Kandidat Mario Schmauder "eine Chance zum Dialog" sah. (Thüringer Landeszeitung vom 12. Mai 2000.) Ergebnis: Wohlleben wurde am 18. Juni in den zehnköpfigen Ortschaftsrat gewählt. Niemand wird sagen können, er habe nicht gewusst, wer das sei: Noch am 17. Juni veröffentlichte die Ostthüringer Zeitung eine Presseerklärung des Jenaer Bündnisses für Demokratie, in der auf die NPD- und THS-Mitgliedschaft Wohllebens aufmerksam gemacht wurde.

Alltagsbilder

Das Auftreten organisierter und unorganisierter rechter Gruppen gehört mittlerweile auch in Jena zum alltäglichen Bild. Etliche Schulen und öffentliche Plätze sind Schauplatz, dazu auch Einkaufszentren. Im Unterschied zu Saalfeld ist es der örtlichen Rechten noch nicht gelungen, tatsächlich eine national-befreite Zone zu

errichten, doch können als antifaschistisch wirkende oder bekannte Bürger nicht mehr jeden Ort der Stadt angstfrei aufsuchen. Mindestens mit intensiven Blicken und Gesten wird deutlich gemacht, dass ihre Anwesenheit nicht erwünscht ist.

Zu besonderen Anlässen kommen dann auch besondere Handlungen: Der jährliche Weihnachtsmarkt im Stadtzentrum wurde 1999 zum Ausgangspunkt wiederholter Angriffe auf Andersdenkende und Andersaussehende, die mehrere Polizeieinsätze zur Folge hatten. Auch eine Demonstration zum "Internationalen Tag der Menschenrechte" musste von einem massiven Polizeiaufgebot begleitet werden.

Zu den Alltagsbildern gehört auch das Verhalten der Kommunalpolitik und, nachgeordnet, der Polizei. Dies soll daher ebenfalls kurz skizziert werden. Während in Saalfeld die örtlichen Politiker nahezu aller Parteien (mit Ausnahme der PDS) bestrebt waren, die rechten Zusammenhänge zu leugnen und eher die örtlichen und regionalen Antifaschisten als Unruhestifter zu stigmatisieren, lässt sich dies für Jena so nicht sagen. Alle im Stadtrat vertretenen Parteien und auch der Oberbürgermeister (FDP) beteiligten sich im Juli 1998 an einer Protestkundgebung gegen den Auftritt der "Republikaner" (s.o.). Im Redebeitrag des Oberbürgermeisters bei der Protestkundgebung aber fand sich völlig ohne äußeren Anlass die Totalitarismustheorie in Reinkultur wieder, als er dazu aufrief, sich "den Radikalen von Links und Rechts entgegen zu stellen". Und als Ende des gleichen Jahres eine Gegenkundgebung gegen einen geplanten NPD-Aufmarsch stattfand, hatten sich die Reihen der Beteiligten bereits gelichtet: Außer antifaschistischen Jugendlichen und einigen engagierten Bürgerinnen und Bürgern waren nur wenige örtliche Politiker (allerdings wiederum aller Parteien) erschie-



Die Schrottskulptur in der Johannisstraße sorgte wiederholt für Kontroversen.

nen, um gegen die NPD zu demonstrieren. In einer Art "Jahresrückblick" des Oberbürgermeisters auf das Jahr 1998 wiederholte er seine Kritik an den "Radikalen": "Größte Sorgen bereiten dem OB Geschehnisse an den Rändern der Demokratie: Gegendemos seien gut gemeint. Aber man muss aufpassen, dass sie nicht von Kräften missbraucht werden, die auf der linken Seite zu Gewalt aufrufen." (Thüringer Landeszeitung vom 19. Dezember 1998) Diese Äußerung unterstellt, das zu "linker Gewalt" aufgerufen worden war - tatsächlich ist "linke Gewalt" auch in Jena ein Phantom.

Ende Mai 2000 stellte der Vorsitzende der Jenaer CDU und Landtagsabgeordnete Reyk Seela nichts desto trotz einen Film vor, mit dem das Gegenteil bewiesen werden sollte. Unter dem Titel "Jugendlicher Extremismus mitten in Deutschland - Szenen aus Thüringen" erfolgt darin am Beispiel Jenas eine unverblühte Gleichsetzung von Rechtsextremisten, Hooligans, Schulhof-Rempeleien und der Sozialarbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Zur Uraufführung am 29. Mai reisten auch Innenminister Köckert und der damalige Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, Helmut Roewer an. Letzterer wiederholte (allem Wahrheitsgehalt zum Trotz) seine These des angeblichen Linksextremismus: "Gerade in Jena sei Gewalt zunächst von links aus-

gegangen ... Es habe in Jena eines langen Anlaufs bedurft, bis sich beide Szenen beruhigt haben." (Thüringer Landeszeitung vom 30. Mai 2000.) Die Lokalzeitungen berichteten am folgenden Tage entsprechend. Eine Reaktion ließ nicht lange auf sich warten: Am 1. Juni 2000 ("Herrentag") überfielen Mitglieder eines örtlichen Hooliganclubs die Junge Gemeinde und schlugen dort Anwesende brutal zusammen. Die Lokalpolitik blieb ungerührt: An einer Protestdemonstration eine Woche später nahmen nur vereinzelte Stadtverordnete der PDS, der SPD und von Bündnis '90/Die Grünen teil.

Es zeigt sich in Jena insgesamt das Bild einer Kommunalpolitik, die zwar das Auftreten rechter Organisationen und Parteien ablehnt, dem aber linksalternative Gruppen und Veranstaltungen umstandslos gleichstellt werden. Damit demonstriert die Kommunalpolitik ihre eigene Unfähigkeit zur Analyse der tatsächlichen Situation. Zeigen antifaschistische Gruppen und Persönlichkeiten rechte Zusammenhänge auf oder protestieren dagegen öffentlich, laufen sie Gefahr, in Verkehrung der Tatsachen zum eigentlichen Ärgernis zu werden.

Es darf vermutet werden, dass insbesondere in den Reihen der Kommunalpolitiker auch ein großes Maß an Hilflosigkeit gegenüber den rechten Entwicklungen vorhanden ist. Es gibt in Thüringen kein Beispiel für entschlossenes und durchdachtes Handeln einer Kommune gegen rechte Hegemoniebestrebungen, das beispielhaft sein könnte. Und: Es gibt offensichtlich auch keine Kommune, die sich die eigenen Probleme und die eigene Hilflosigkeit eingestehen und davon ausgehend Konzepte entwickeln und erproben will.

Dies dennoch durchzusetzen muß zu den Aufgaben antifaschistischer Politik gehören.

Michael Ebenau, Stand 07/2000

„SO ETWAS TUN DOCH NUR DUMME MENSCHEN.“



Kalemba Mukumadi ist politischer Journalist. Aus seiner Heimat mußte er wegen seiner kritischen Texte und seiner oppositionellen Haltung fliehen. Seit etwa sieben Jahren lebt Kalemba in Jena. Zweimal bereits wurde er Opfer rassistischer Gewalt. Das letzte Mal wurde er am 15. April 2000 von Neonazis vor seiner Haustür in Jena-Lobeda überfallen. Er erlitt schwere Rippen- und Kopfprellungen, wurde auch mit einem Messer angegriffen.

Wo lebst Du?

Kalemba: Ich lebe in Lobeda, in Lobeda-Ost.

Wie lange lebst Du schon dort?

Kalemba: Ungefähr fünf Jahre. Vorher habe ich etwa zwei Jahre auf dem Forst im Heim für Asylbewerber gelebt.

Aus welchem Land kommst Du denn?

Kalemba: Ich komme aus dem heutigen Zaire.

Hattest Du schon früher Probleme mit Rassismus und Gewalt in Deutschland?

Kalemba: Ja, ich bin vor drei Jahren schon einmal überfallen worden. Vor meiner eigenen Haustür in Lobeda. Die Täter waren bewaffnet, sie hatten Messer. Und jetzt, im April, bin ich ein zwei-

tes Mal zusammengeschlagen worden. (lacht)

Wieso kannst Du darüber lachen?

Kalemba: Ich kann darüber nur lachen. So etwas tun doch nur dumme Menschen, nur Idioten.

Was waren es für Täter? Skinheads?

Kalemba: Nein, es waren keine Skinheads. Es waren schon Rechtsextremisten, aber keine Skins. Sie waren ziemlich normal angezogen.

Und es hat Dir niemand geholfen?

Kalemba: Nein, niemand. Die Leute waren da, aber sie haben nichts gesehen. Sie wollten nichts sehen. Nur einer hat mir geholfen, als die Nazis schon weg waren.

Hast Du später Unterstützung bekommen?

Kalemba: Ich habe Unterstützung von Leuten aus der JG Stadtmit-

te bekommen. Das hat mir geholfen, auch psychisch. Ich lag damals lange zu Hause, konnte nicht laufen, konnte nichts tragen. Da haben mir die Leute geholfen. **Möchtest Du trotzdem hier in Deutschland bleiben?**

Kalemba: Ja, denn ich bin hier. Ich bin jetzt hier.

Und Du glaubst, daß Du damit fertig werden wirst, mit der Gewalt und der ständigen Angst zu leben?

Kalemba: Weißt Du, ich habe keine Angst um mich selbst. Ich habe Angst um die jungen Leute, denen nicht die Chance gegeben wird, zu lernen, daß wir zusammen leben können, zusammen leben müssen. Ich bin kein Richter, und ich weiß nicht, wie die Täter bestraft werden. Ich muß warten, bis zur Gerichtsverhandlung.

Das Interview führte Paul Waurick



Christian Kapke

Christian Kapke, geboren 1980, ist ab 1998 aktiv in der neonazistischen Szene in Erscheinung getreten. Neben der Teilnahme an nahezu sämtlichen Auftritten und Aktionen der Neonazis in Jena war er an der Vorbereitung des Überfalls auf zwei junge Frauen in der Nacht zum 03.01.99 aktiv beteiligt. Einige Tage zuvor hatte er die späteren Opfer zu einem "Treffen" in Jena-Burgau "überredet"- indem er androhte "sonst gibt es Tote". Im Gegensatz zu seinem Bruder ist Christian Kapke nicht in der NPD organisiert, sondern seit Juni 2000 Vorsitzender des Thüringer Landesverbandes der "Jungen Landsmannschaft Ostpreussen" (JLO). Die JLO war bis vor etwa zwei Jahren die Jugendorganisation der "Landsmannschaft Ostpreussen". Die Trennung von der Landsmannschaft erfolgte wegen neonazistischer Umtriebe der JLO. Im Mai 1999 gründete er zusammen mit einer jungen Frau aus Nordthüringen die Folkloreband "Eichenlaub". Über Eichenlaub bestehen enge Kontakte zum mittlerweile verbotenen Skinheadnetzwerk "Blood&Honour". Ein weiteres Musikprojekt ist die von ihm angemeldete Homepage www.lichttaufe.de, eine als unpolitisch deklarierte Seite über Folk- bzw. Gothicmusik.

...NICHT VOM
HIMMEL GEFALLEN

CHRONOLOGISCHE DOKUMENTATION



Nachfolgend dokumentieren wir einen Teil der uns seit Ende 1999 bekannt gewordenen Übergriffe und Aktionen von Neonazis in und um Jena. Wir stützen uns dabei auf unsere eigenen Recherchen, das Antifa-Archiv Jena, die JG Stadtmitte Jena und teilweise auch auf die Lokalpresse. Es wurden ausdrücklich nur Vorfälle veröffentlicht, die uns aus sicherer und verlässlicher Quelle bekannt geworden sind.

Die Namen von TäterInnen wurden nur veröffentlicht, wenn eine Anzeige bei der Polizei bereits getätigt, respektive es schon zu einer rechtskräftigen Verurteilung gekommen ist.

Weiterhin haben wir Propagandadelikte nur in besonders schweren Fällen berücksichtigt, da dies sonst den Rahmen dieser Broschüre gesprengt hätte.

November 1999

13.11.1999: Im Landgasthof Schorba bei Jena veranstaltet die inzwischen verbotene Neonazi-Musikorganisation „Blood&Honour“ („Blut und Ehre“) ein Skinheadkonzert mit den Bands „Radikahl“, „Stahlgewitter“, „Max Resist“ und „Mighty of Rage“ und etwa 1000

Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet, welches als Ausweichveranstaltung für ein verbotenes Konzert in der Nähe von Magdeburg fungiert. Die Polizei schreitet erst ein, als nach Konzertende etwa 100 Nazis anfangen, im Gasthof zu randalieren.

14.11.1999: Auf dem Nordfriedhof in Jena wollen etwa 20 Personen der rechten Szene, darunter sowohl Burschenschafter als auch Angehörige des „Thüringer Heimatschutzes“ eine „Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag“ abhalten. Als die Polizei ihnen den Zugang zum Friedhof in der Gruppe verwehrt und ihnen lediglich, die Möglichkeit zuspricht, in kleinen Grüppchen zum „Gedenkkreuz für die Opfer beider Weltkriege“ zu gehen, müssen sie, ob der ausgesprochenen Platzverweise, das Feld unverrichteter Dinge wieder räumen.

Dezember 1999

01.12.1999: Die Burschenschaft Jenensia organisiert eine Veranstaltung mit dem Herausgeber der rechtsextremen „Nation und Europa“, Peter Dehoust. Anwesend sind Burschenschafter, Republikaner sowie Angehörige des THS

und der NPD. Etwa dreihundert AntifachistInnen versuchen den Veranstaltungsort zu blockieren.

05.12.1999: Eine Veranstaltung des Verfassungsschutzes zum Thema „Wie gefährlich ist Rechtsextremismus?“ im Jenaer Hotel Esplanade wird von Nazis des „Thüringer Heimatschutzes“ und anderen besucht, darunter Andre Kapke, Ralf Wohlleben, Ronny Artmann und Christian Ebenau. Bezugnehmend auf das 1998 von der Polizei entdeckte Bombenbauertrio spricht JN-Besitzer Daniel Schubert auch von „unserer Bombenwerkstatt“.

10.12.1999: Auf dem Weihnachtsmarkt verteilt die JN Flugblätter unter dem Motto „Denkankstöße zum Weihnachtsmarkt“. Darin fordern sie ein eigenes Zentrum für die jugendlichen Nazis. Als Verantwortlicher im Sinne des Presserechtes treten die Jungen Nationaldemokraten Jena, die Jugendorganisation der NPD, auf.

13.12.1999: Zehn Nazis, einige mit T-Shirts der verbotenen „Wiking Jugend“ besuchen eine Party im Studentenclub Schmiede. Unter ihnen befinden sich auch Tino Brandt und Ralf Wohlleben. Nach Angaben der BetreiberInnen hatte es bereits etwa neun Monate vorher einen Überfall durch Neonazis gegeben.

14.12.1999: Als Reaktion auf den Zusammenbruch der Burschenschaft Jenensia als Folge von ihrer Veranstaltung mit dem exponierten Nazi und Herausgeber der „Nation und Europa“ (s.o.), wird in den Fuchslöchern eine Burschenschaft „Normannia“ gegründet. Darüber berichtet wird im „Wegweiser“, einer Zeitschrift, die wiederholt als Organ des THS in Erscheinung trat und vermutlich Christian Kapke zuzuordnen ist.

Januar 2000

01.01.2000: Bei McDonalds in der Innenstadt wird ein Jugendlicher von unbekanntem Nazis wegen seiner Frisur angepöbelt und bedroht. Die Täter schlagen ihm ins Gesicht, wobei ein Zahn verletzt wird.

05.01.2000: Sieben Neonazis greifen drei Besucher des Studentenclubs "Schmiede" an und verfolgen die Opfer bis zur Unterführung der Straßenbahngleise von Lobeda-Ost nach Lobeda-West.



Februar 2000

16.02.2000: Ein 18-jähriger Jugendlicher wird nach einem kurzen Streit von einem 14-jährigen Nazi mit einem Messer angegriffen und durch einen Bauchstich schwer verletzt. Am Streit, der sich am Busbahnhof abspielte, war noch ein zweiter junger Nazi beteiligt.

19.02.2000: In der Leipziger Straße in Jena-Nord wird ein schwarzafrikanischer Flüchtling, der aus der Straßenbahn aussteigt, von Neonazis verfolgt und bedroht. Er kann in seine Wohnung flüchten, die Nazis rütteln jedoch noch an der verschlossenen Tür.

23.02.2000: Eine Gruppe von Neonazis, die dem Umfeld des Thüringer Heimatschutz (THS) zuzuordnen sind, versucht sich Eintritt zu einer Veranstaltung über Rechtsextremismus in Thüringen im Haus der Gewerkschaften zu verschaffen. Eine junge Frau wird von Andre Kapke als "Ausländer-schlampe" beschimpft.

26.02.2000: Am Westbahnhof verfolgen und jagen 20 Neonazis aus dem Zug in Richtung Gera

vier Jugendliche, die auf einen anderen Zug warten wollen.

März 2000

20.03.2000: THS-Mitglied Ralf Wohlleben läßt sich als Kandidat für den neu zu wählenden Ortschaftsrat des Stadtteils Winzerla aufstellen.

26.03.2000: Eine Gruppe von Jugendlichen wird von Nazis bei McDonalds in der Innenstadt bedroht und gejagt.

27.03.2000: An einem Jugendzentrum in Lobeda lauern einige Neonazis einem jungen Mann auf,

sen Verlauf einer der Nazis drei Schüsse aus einer Schreckschußpistole abfeuert. Die hinzukommende Polizei verhaftet jedoch keinen der Nazis sondern zwei bis dato unbeteiligte Jugendliche aus der JG.

07.04.2000: "Unpolitische" Oi-Skins werfen Glasflaschen und Steine auf die Skatebahn auf dem Eichplatz und grölen Parolen wie „Sieg Heil!“ und „Ausländer raus!“. Als der Stadtjugendpfarrer Lothar König sie darauf anspricht meinen sie, sie hätten nur „Wie geil!“ gerufen. Am Abend kommt es zu einer Schlägerei bei der ein junger Skater ins Gesicht geschlagen wird.

11.04.2000: Die NPD Jena klebt Aufkleber in der gesamten Jenaer Innenstadt, auf denen für den (verbotenen) Parteaufmarsch am 1. Mai in Weimar geworben wird.

14.04.2000: Sieben Neonazis verfolgen einen afrikanischen Flüchtling in Jena-Lobeda. Sie schlagen ihn vor seiner Haustür mit einem Schlagring und einem Baseballschläger zusammen. Das Opfer trägt schwere Verletzungen davon und muß sich in ärztliche Behandlung begeben. Der größte Teil der Täter kann unbehelligt mit der Straßenbahn davon fahren. In der Lokalpresse findet dieser Übergriff keine Beachtung.

den sie bereits am Vortag bedroht und ihn bereits einmal zusammengeschlagen hatten.

April 2000

04.04.2000: Gegen Mitternacht werden einige Jugendliche von einer Gruppe von vier Neonazis beschimpft und bedroht. Die Nazis jagen die Opfer durch die Innenstadt. Vor der JG Stadtmitte in der Johannisstraße kommt es zu einem Handgemenge, in des-



TeilnehmerInnen einer antirassistischen Demonstration am 4.11.2000 in Jena bei einer Zwischenkundgebung am Mahnmahl zum Gedenken an die Opfer der beiden deutschen Weltkriege



Ein junger Antifaschist trägt ein Schild mit einer Abwandlung einer CDU-Parole: „Keine Abschiebungen ausländischer Mitbürger dulden!“

17.04.2000: An der REWE-Kaufhalle in Jena-Winzerla sammelt die NPD an einem Stand Unterschriften gegen die angeblich zu liberale Drogenpolitik der Stadt Jena. Nach ihren Angaben beherrschen „meist schwarzafrikanische Dealer“ die Drogenszene der Stadt. Der Infostand wird von fünf Nazis, darunter auch Christian Ebenau, „betreut“.

20.04.2000: Am Westbahnhof pöbeln mehrere Neonazis zweimal einen jungen Punk an, was ihm denn einfiel „am Führergeburtstag so herumzulaufen.“

20.04.2000: Wiederum sammelt die NPD Unterschriften, diesmal an der REWE-Kaufhalle am Anger in der Innenstadt.

21.04.2000: Auf dem Weg zum Jugendgästehaus des Internationalen Bundes werden zwei Teilnehmer des zu dieser Zeit in Jena stattfindenden Flüchtlingskongresses der „Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten“ von einer Gruppe Neonazis bedroht und verfolgt. Sie können den Verfolgern jedoch entkommen.

24.04.2000: Am Postkindergarten in Jena-Ost werden zwei Jugendliche aus einem vorbeifahrenden Auto erst bedroht und später von dessen Insassen, unter ihnen der einschlägig

polizeibekanntes Nazischläger Pierre Jüstel, zusammengeschlagen. Eines der Opfer erleidet eine Nasenbeinprellung. Die beiden Jugendlichen werden nach der Tat verbal bedroht, sie sollen nicht zur Polizei gehen. Dennoch wur-

de zwei Tage später Anzeige gegen die Täter erstattet.

26.04.2000: Eine Gruppe von 14 Neonazis überfällt zwei Jugendliche auf dem Nachhauseweg in Jena-Winzerla. Die Opfer erlitten Schürfwunden, Rückenverletzungen sowie Verletzungen am Kopf und im Gesicht. Gegen drei später festgenommene Tatverdächtige, die eindeutig als Täter identifiziert wurden, wurde Anzeige erstattet.

29.04.2000: Am Paradiesbahnhof werden vier afrikanische Flüchtlinge aus einem vollbesetzten Auto heraus bedroht.

29.04.2000: Auf dem Weg von Kunitz zum „Erkönig“ in Jena-Ost werden acht Jugendliche von einer Gruppe junger Neonazis angegriffen. Einem Opfer wird mit einer Bierdose mehrfach auf den Hinterkopf und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Dennoch gelingt es den Angegriffenen zu fliehen.



Ralf Wohlleben

Der 26jährige Wohlleben erlangte seine größte Popularität in Jena durch seinen Antritt zur Wahl des Ortschaftsrates in Winzerla im Jahr 2000. Tatsächlich gelang ihm der Einzug in das zehnköpfige Gremium, in dem er nun für Kinder- und Jugendarbeit zuständig ist. Wie Wohlleben sich in diesem Amt schlägt, ist uns nicht bekannt, jedoch seine umfangreiche Vorgeschichte:

Wohlleben sitzt seit 1999 im Landesvorstand der NPD Thüringen und ist außerdem der Vorsitzende des Jenaer Kreisverbandes. Bei NPD-Infoständen und -Aktionen in Jena und Thüringen tritt er regelmäßig in Erscheinung, so zuletzt bei der NPD-Demonstration in Jena am 2. Februar diesen Jahres. Zudem gehört er zum Umfeld des militanten Thüringer Heimatschutzes und pflegt in diesem Rahmen Verbindungen zu anderen Kadern der regionalen Neonaziszene, so zum Beispiel Andre Kapke und Tino Brandt.

Wohlleben ist, wie Andre Kapke, rechtskräftig verurteilt und vorbestraft wegen Nötigung und Körperverletzung an zwei jungen Frauen. Als sicher gelten können auch seine Kontakte zu den drei Neonazis, deren Bombenwerkstatt, in der sie mehrere funktionsfähige Rohrbomben hergestellt hatten, Anfang 1998 von der Polizei entdeckt und ausgehoben wurde.

Mai 2000

04.05.2000: In Jena-Nord versuchen Neonazis mit Steinen die Fensterscheiben einer Pizzeria einzuwerfen. Nach Angaben des Betreibers ist der von der Polizei ermittelte Tatverdächtige ein bekannter Fascho aus der unmittelbaren Nachbarschaft.

10.05.2000: Elf Neonazis, darunter Christian Ebenau, der als Ansprechpartner für den Jenaer Stützpunkt der JN firmiert, versuchen, einen togolesischen Flüchtling einzuschüchtern und drohen ihm, seine Wohnung anzuzünden.

17.05.2000: In Jena-Nord wird erneut der Flüchtling aus Togo bedroht. Zum wiederholten Male ist Christian Ebenau unter den Tätern, diesmal sind jedoch nur zwei weitere "Kameraden" dabei. Ebenau droht: "In zwei Tagen bist du tot!"

20.05.2000: An einer Veranstaltung mit Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem Jenaer Marktplatz nehmen Mitglieder des Thüringer Heimatschutzes, zum Beispiel Ralf Wohleben und Ronny Artmann sowie andere Neonazis wie Pierre Jüstel und Erik Bathke mit einem selbstgemalten "Protest" transparent teil. Die Polizei nimmt einige von ihnen in Gewahrsam.

Juni 2000

01.06.2000: Mit einem Flugblatt, das an Winzerlaer Haushalte verteilt wird, versucht Ralf Wohleben, sich für die Wahl zum Ortschaftsrat bekannt zu machen. In dem Flugblatt verschweigt er nicht nur seine Mitgliedschaft in der NPD sondern auch seine einschlägigen Vorstrafen.

01.06.2000: Eine Gruppe von 10 bis 15 Nazihooligans randaliert im Gang zu den Räumen der JG Stadtmitte. Als der Stadtjugendpfarrer eingreift und sie auffordert zu gehen, wird er angegriffen und zusammengeschlagen. Drei Jugendliche, die ein-

greifen um dem Pfarrer zu helfen, werden ebenfalls angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Die Nazis gehen danach zum

Johannistor und schlagen dort weitere Jugendliche zusammen. Die Polizei nimmt jedoch einen
(Fortsetzung auf Seite 17)

Was geschah in Arnstadt?

In der Nacht vom Samstag, den 21.10., zum Sonntag, den 22.10.2000, wurden drei Afrikaner von einer Gruppe Neo-Nazis, ca. 20 Personen (junge Männer und Frauen) angegriffen.

Am Abend wurde eines der Opfer bereits in einer Disko, als er mit seiner Freundin tanzte, von einem Noenazi geschlagen, woraufhin die Gruppe von 3 afrikanischen Flüchtlingen samt ihrer 2 Begleiterinnen die Disko verließ.

Sie wurden von dieser Gruppe von Neo-Nazis im Alter von 20 bis 30 Jahren verfolgt. Dabei beleidigten diese sie mit Ausdrücken wie „Affe“, „Nigger raus“, die Mädchen schimpften sie Prostituierte. Außerdem zerbrachen sie ein paar Meter von ihnen entfernt Flaschen, um ihnen Angst einzujagen.

An einer Bushaltestelle angekommen, lief einer der Nazis auf Paterson Kenwou zu und schlug ihn mehrfach auf den Kopf. Währenddessen kam ein zweiter hinzu und schlug Paterson mit einem Baseballschläger nieder.

Seine zu Hilfe eilenden Freunde wurden ebenfalls von einigen Nazis geschlagen. Als einer der Nazis die Flüchtlinge mit einem Messer bedrohte, zog Paterson eine Spielzeugpistole hervor, woraufhin die Nazis zu ihren Autos liefen und z.T. wegfuhrten. Ein zweiter Flüchtling rief die Polizei.

Als diese eintraf, kamen die Nazis, die sich aus Angst vor der Spielzeugpistole versteckt hatten, wieder. Sie waren aggressiver als zuvor, nachdem sie mitbekommen hatten, daß die Polizei auf ihrer Seite stand.

Was dann passierte, kennen leider viel zu viele Flüchtlinge aus eigener Erfahrung mit deutschen Beamten:

Ein Nazi schlug John Adana, und als dieser zurückschlug, wurde er von einem Polizisten mit einem Stock so sehr geschlagen, daß dieser zerbrach. Patersons Freundin versuchte, den Polizisten die Situation zu erklären, aber sie wurde ignoriert, weil sie für die Afrikaner Partei ergriff. Als dem dritten Flüchtling Handschellen angelegt werden sollten, protestierte er bis die Polizei ihm androhte, ihn den Nazis zu übergeben. Also wurden die drei Afrikaner -im Gegensatz zu den Nazis- mit Handschellen gefesselt und aufs Polizeirevier verbracht. Dort blieb es ohne Konsequenzen, dass einer der Nazis John heißen Kaffee über die Brust schüttete. Die Nazis wurden lediglich des Gebäudes verwiesen. Auf der Wache waren die Flüchtlinge weiteren Schikanen und Beleidungen durch Polizeibeamte ausgesetzt: Als Paterson fragte, ob ihm die schmerzenden Handschellen abgenommen werden könnten, lachten die Polizisten darüber. Einer sagte zu seinen Kollegen: „Hört mal, der Schwarze hat Schmerzen“, und zu Paterson gewandt: „Das macht nichts, du bist doch nur ein Tier, du kommst aus dem Busch. Warum bist du überhaupt hierher gekommen? Du solltest zurück nach Afrika gehen.“ Während der gesamten Zeit erhielt Paterson nichts zu trinken und zu essen.

Der komplette Bericht des Übergriffes findet sich u.a. auf der Homepage der JAPS Jena: www.japs-jena.de

AM „HERRENTAG“ DIE SAU RAUSGELASSEN!



Wer bist Du und was machst Du? Stell Dich doch mal kurz vor.

Ich bin ein Punk aus Jena. Zur Zeit arbeite ich auch in einer Gärtnerei.

Du wurdest am Männertag von einer Gruppe Nazihools überfallen. Kannst Du uns den Vorgang noch einmal kurz schildern?

Ich bin mit einem Freund die Straße an der Stadtkirche heruntergelaufen, Richtung Saalstraße. Da kamen uns dann mehrere Glatzen entgegen. Die sind erstmal an uns vorbeigelaufen. Aber auf einmal kamen sie wieder zurück und machten mich an, ich sei ein Kommunist, gegen diesen Staat, und würde verboten gehören und noch mehr so Zeug. Und als ich einem von ihnen zu erklären versucht habe, daß ich ein Punk bin, ging die Drescherei los. Da sind die zu mehreren auf mich draufgesprungen, haben mich zu Boden geschlagen und auf mich eingetreten. Das nächste, woran ich mich erinnern kann ist, daß ich in der Klinik wieder zu mir gekommen bin.

Wie ging es Dir nach dem Angriff, wie hast Du Dich gefühlt? Wie ich mich gefühlt habe... Ich

hatte eine leichte Gehirnerschütterung, ein paar Äderchen im Auge waren geplatzt und ich hatte blaue Augen durch die Schläge. Außerdem hatten die Ärzte noch Verdacht auf eine Schädelfraktur und Verletzungen im Kreuzbereich. Dazu hatte ich Platzwunden am Hinterkopf und mächtige Schmerzen im Kieferbereich. So habe ich mich dann eben auch gefühlt.

Hast Du Dir mal überlegt, warum sie Dich angegriffen haben?

Zum einen glaube ich, daß sie gedacht haben, heute am „Männertag“, wenn wir besoffen sind, können uns die Bullen nichts anhaben und so. Daß sie halt jeden Mist machen können, wegen der Promillegrenze, weil das dann unter Unzurechnungsfähigkeit fällt.

Zum anderen war ich eben einer von vielen, der nicht ihrem „Bild“ entsprach, und mich haben sie



Ein Teil des NPD-Aufmarsches in Gera am 4.9.1999

eben in die Finger bekommen und deshalb auf mich eingeschlagen, stellvertretend.

Gab es vorher schon mal solche Angriffe gegen Dich?

Mehrmals. Aber natürlich nicht von den gleichen Personen. Dennoch aus dem selben Kreis heraus, von Leuten, die im Endeffekt zusammengehören, sprich den Nazis.

Welcher Art waren die Angriffe? Kannst Du das erzählen?

Das waren Tritte, Schläge, ich wurde am Bart und an den Haaren gerissen. Ich wurde auch bespuckt, beleidigt und bedroht.

Was wirst Du jetzt weiter tun? Zieht Du irgendwelche Konsequenzen für Dein eigenes Verhalten?

Also, meinen „Irokesen“ werde ich mir ganz bestimmt nicht abschneiden und auch ansonsten so weiter machen, wie bisher. Davon werde ich mich nicht abbringen lassen, nicht von solchen primitiven Leuten. Jeder hat ein Recht auf freie Entfaltung und freie Meinung. Beides nehme ich in Anspruch, das ist halt meine Einstellung, die kann auch jeder sehen, und wegen solcher Typen werde ich mir nicht den „Iro“ abrasieren.



Dieses Plakat wurde von Jener AntifaschistInnen in der Innenstadt geklebt, um auf die Unterwanderung der „unpolitischen“ Punk/Skinhead-Szene durch exponierte Neonazis aufmerksam zu machen.

Alexander P. P. Däniken

Jugendlichen aus der JG in Gewahrsam. Später wird er auf dem Hof der Polizeidirektion von mehreren Beamten zusammengeschlagen.

01.06.2000: Eine andere Gruppe Glatzen greift zwei Punks an der Stadtkirche an. Ein Opfer prügeln sie bis zum Herz- und Lungenstillstand. Er muß ins Nothilfezentrum gebracht werden und schwebt eine Zeit lang in einer lebensbedrohlichen Situation. Bei den Tätern handelt es sich teilweise um die selben, die am Überfall auf die JG am Vormittag beteiligt gewesen waren.

01.06.2000: Der DJ Ronny Illner wird nach einem Konzert im Studentenclub "Schmiede" zusammengeschlagen und beraubt. Nach seinen Angaben waren die Täter "dem Äußeren nach" der rechten Szene zuzuordnen.

17.06.2000: Nachdem AntifaschistInnen Flugblätter über Ralf Wohlleben im Zusammenhang mit dessen Flugblattaktion zur Ortschaftsratswahl in Winzerla verteilt hatten, ziehen Andre Kapke, Ronny Artmann und andere durch Winzerla um die Flugblätter, die an Eingangstüren angebracht bzw. in Briefkästen geworfen wurden, wieder zu entfernen. Dabei durchwühlen sie nach Zeugenangaben auch eini-



Im sächsischen Hohenstein-Ernstthal gedenken die TeilnehmerInnen einer Demonstration dem von Nazis ermordeten Punk Patrick. Das zweite Opfer überlebte mit schweren Verletzungen nur, weil es sich tot stellte.

ge Briefkästen. In den Flugblättern war auf Wohllebens NPD-Mitgliedschaft und seine Zugehörigkeit zum Thüringer Heimatschutz hingewiesen worden.

August 2000

15.08.2000: Mit einer Sprühschablone bringen Neonazis großflächig Bilder des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß an.

16.08.2000: Bei einem 14jährigen Jungnazi stellt die Polizei 1200 Aufkleber mit der Aufschrift "Rudolf Heß - Das war Mord" sicher.

19.08.2000: Vier angetrunkene Neonazis randalieren im Einkaufszentrum Schillerpassage und bedrohen andere Jugendliche. Sie werden jedoch von der Polizei in Unterbindungsgewahrsam genommen.

26.08.2000: Eine rechtslastige "Interessengemeinschaft gegen Polizei- und Staatswillkür" kündigt eine Demonstration an. Der Aufzug wird jedoch verboten, wegen keine Rechtsmittel eingelegt werden. Es findet aber eine Gegendemonstration mit ca. 500-600 Teilnehmern statt.

28.08.2000: Ein Kontrolleur der Jenaer Nahverkäufersgesellschaft beleidigt einen schwarzen Flüchtling als "Nigger". Der Flüchtling hatte vergessen, seinen Fahrschein zu stempeln. Als dieser sich daraufhin weigert, seinen Ausweis zu zeigen, kommt es zu einem Handgemenge. Die herbeigerufene Polizei nimmt Anzeige gegen den Kontrolleur wegen Beleidigung auf.

31.08.2000: In Jena-Nord wird ein afrikanischer Asylbewerber beim Verlassen seines Hauses von etwa sieben bis zehn Nazis mit "Nigger"-Rufen beleidigt. Vier von ihnen verfolgen ihn bis zur Straßenbahnhaltestelle.



Ronny Artmann

Nicht unerwähnt bleiben sollte der - gemessen an seinem Alter - mit am schnellsten „im NPD-Sumpf versackte“ junge Mann. Gerade mal 18 Jahre alt (1983 geboren), ist er bereits Leiter des "JN-Stützpunktes" Jena, stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Jena und seit Mai 2000 Mitglied im Landesvorstand der NPD. Immer vornweg ist er auch beim Abreißen antifaschistischer Flugblätter, die vor der Ortschaftsratswahl Winzerla 2000 über die kriminellen neofaschistischen Machenschaften seines Parteikameraden Ralf Wohlleben aufklären sollten. Er fungierte auch als Anmelder der NPD-Demonstration am 03.02.2001 in Jena, deren 80 Teilnehmer nach wenigen hundert Metern von einer friedlichen Sitzblockade von über 250 AntifaschistInnen gestoppt wurden.



Der bekannte Neonazikader Andre Kapke bei einer seiner Lieblingsbeschäftigungen: dem Fotografieren von AntifaschistInnen für „Feindkarteien“.

September 2000

09.09.2000: Ein bekannter Jungnazi greift einen alternativen Jugendlichen mit einem Schlagring an. Er macht ihn für Plakate verantwortlich, die ihn als Neonazi outen und in der Innenstadt geklebt wurden. Er bedroht ihn damit, daß er wisse, wo er wohne und droht, ihm mit einer Gaspistole ins Gesicht zu schießen. Außerdem gibt er zu, das Fahrrad des Betroffenen im November des vorigen Jahres beschädigt zu haben.

09.09.2000: In Jena-Lobeda findet ein Stand der NPD zum "Bundesweiten Aktionstag gegen ein NPD-Verbot" statt.

16.09.2000: Am Kaufland in Jena-Nord werden drei Jugendliche von einer großen Gruppe Neonazis

angegriffen. Zwei der Opfer können entkommen, einer wird zusammengeschlagen und muß sich in ärztliche Behandlung begeben.

19.09.2000: Drei alternative Jugendliche werden auf dem Marktplatz von vier jüngeren Nazis mit "Sieg Heil"-Rufen angepöbelt. Als Jugendliche aus der JG hinzukommen, um zu schlichten, kommt es zu einem Handgemenge. Die Polizei verhaftet drei der Nazis.

21.09.2000: Der selbe Nazi wie bei dem Vorfall am 09.09. bedroht einen Jugendlichen und wirft ihm vor "zur Antifa" zu gehören. Er bedroht ihn und verlangt von ihm, "mindestens zehn Namen" zu nennen.

23.09.2000: In Lobeda werfen Nazis einen Jugendlichen auf ein

Straßenbahngleis, treten und schlagen ihn. Er verliert dabei mehrere Zähne, das ganze Gesicht ist verletzt.

30.09.2000: Auf dem Schießplatz am Himmelreich in Jena-Nord findet ein wildes Zeltlager von 47 "Jugendlichen, von denen einige Bezug zur rechten Szene haben" (Thüringer Landeszeitung vom 04.10.2000) statt. Anwesend waren offensichtlich auch Nazis aus Saalfeld und Rudolstadt. Erst am nächsten Morgen spricht die Polizei Platzverweise gegen einige Teilnehmer aus. Nach ihren Angaben waren einige Jugendliche während der Nacht stark alkoholisiert gewesen.

Oktober 2000

05.10.2000: Unbekannte schmieren die Parolen "Ausländer raus" und "Heil Satan" an ein Haus in der Neugasse. Dabei wird das S als SS-Rune und das H als symbolisches Hakenkreuz gezeichnet.

12.10.2000: In Lobeda werden zwei russische Wissenschaftler von vier Neonazis angegriffen und beraubt. Eines der Opfer muß stationär behandelt werden. Die Täter waren einschlägig bekannt, bei einigen die Haftstrafen nur zur Bewährung ausgesetzt. Ein anderer Täter hatte erst am Vormittag eine Verhandlung am Amtsgericht Jena hinter sich gebracht.

25.10.2000: Ein 12jähriger Jungnazi beleidigt einen schwarzen Jungen und tritt ihn in den Bauch. Als das Opfer sich nicht provozieren läßt, fährt der Täter ihm mit der Straßenbahn hinterher, beleidigt und schlägt ihn erneut. Ein Bürger vertreibt den Angreifer schließlich.

29.10.2000: Am Ernst-Abbe-Denkmal werden drei Jugendliche von einer großen Gruppe Glatzen angepöbelt und bedroht. Sie werden mit einer vollen Bierflasche beworfen, die Polizei nimmt vier Nazis in Gewahrsam.

November 2000



später klingelt ein verummter Neonazi, der einen Baseballschläger dabei hat, an der Tür. Er schlägt den Türrahmen ein und schlägt einem Jugendlichen einen Zahn aus. Die Polizei zeigt sich wenig hilfsbereit. Auf die Frage der Jugendlichen, was sie machen sollten, falls die Nazis wiederkämen, wird ihnen geantwortet, sie sollten wieder anrufen "und dann noch mal zehn Minuten warten."

Zusammengetragen von der Broschüreguppe 2000/2001

01.11.2000: Zwei Nazis versuchen einen Jugendlichen an einer Haltestelle in Jena-Nord aus der Straßenbahn zu werfen.

11.11.2000: Bei einer Vernissage in der Galerie „Huber u. Treff“ in Jena-Ost werden die Gäste von eine Gruppe Nazihooligans überfallen. Einige erleiden Verletzungen. Der Galerist, der die Nazis verfolgt, wird ebenfalls zusammengeschlagen, wobei er verletzt wird und einen Zahn verliert.

Dezember 2000

07.12.2000: An der Baustelle der neuen Universitätsbibliothek pöbeln drei Gerüstbauarbeiter einen mit dem Fahrrad vorbeifahrenden Jugendlichen an. Einer von ihnen zeigt den Hitlergruß.

18.12.2000: Auf dem Weihnachtsmarkt wird ein Obdachloser von einigen Nazis angegriffen und blutig geschlagen. Ein ihm zu Hilfe kommender Freund wird ebenfalls angegriffen, kann sich jedoch vorläufig in eine nahegelegene Kneipe retten. Beim Verlassen der Kneipe wird er jedoch gestellt und ebenfalls zusammengeschlagen.

31.12.2000: In einem Haus in der Nähe der REWE-Kaufhalle in Jena-Winzerla feiern 15 Jugendliche Silvester. Eine Gruppe von etwa zwanzig Neonazis fühlte sich durch vom Balkon geworfene Knaller provoziert. Kurze Zeit

Burgau, 2.1.1999

Der Dezember 1998 war geprägt von gewalttätigen Angriffen durch Neonazis gegen Punks, Skater und andere alternative Jugendliche. Ende des Monats bedrohte Christian Kapke wahllos Jugendliche, die er aus den alternativen Szenen Jenas kannte. Auf zwei junge Frauen hatte er es dabei besonders abgesehen; gezielt wurden die beiden von ihm verfolgt, ab fotografiert und schließlich auch verbal bedroht. Mit Parolen wie „Jetzt ist Krieg!“ und „Wir [er meinte wohl den THS] wissen alles!“ versuchte er, den beiden Angst zu machen. Dann machte er den beiden ein „Angebot“ sich einmal an einer Tankstelle in Jena-Burgau zu treffen. Im Nachsatz schob er allerdings nach: „...sonst gibt's Tote!“.

Den Verlauf dieses Treffens konnten wir etwa wie folgt rekonstruieren: Nach einem kurzen Gespräch mit Christian Kapke an jener Tankstelle gingen die drei zusammen Richtung Winzerla. An einer Eisenbahnbrücke stürmten plötzlich 20 verummte Gestalten auf sie zu, allen voran André Kapke. Dieser und ein weiterer Neonazi packten die beiden noch im Laufenden am Kragen und schleuderten sie gegen einen Bauzaun. André war sehr aufgebracht und schrie sie an, sie wären verantwortlich für sein ausgebranntes Auto. Die Tatsache, daß beide zu irgendwelchen Autos nichts sagen konnten, machte ihn noch wütender. Ihnen wurden die Ausweise abgenommen und die Adressen notiert.

Die beiden Frauen wurden durch die Nazis verhört, es wurde verlangt, daß sie „irgendwelche Namen“ nennen sollten. Nach mehr als einer Stunde wurden ihnen die Ausweise wiedergegeben und mitgeteilt, daß nun gegen sie Anzeige erstattet werden würde. Im Falle einer Anzeige ihrerseits drohten die Nazis mit weiterer Gewalt, beiläufig erwähnte er auch, daß eine der Frauen „ja einen kleinen Bruder“ habe.

Am 31. August 1999 fand schließlich der Prozeß gegen André Kapke und Ralf Wohlleben wegen gemeinschaftlich begangener gefährlicher Körperverletzung und Nötigung im Amtsgericht Jena statt. Beide wurden zu hohen Geldstrafen verurteilt und mußten die Prozeßkosten tragen. Die beiden Angeklagten legten gegen das Urteil Widerspruch ein. Die Urteile wurden jedoch bestätigt.

EIN SCHÖNER TAG IM APRIL



Anne:

Es ist Ostermontag, ein herrlicher Abend. Mein Freund ist zu Besuch, das Wetter ist schön. Wir gehen spazieren, wir haben uns viel zu erzählen - wie schön kann Leben sein, zu zweit und über uns der Himmel. Es ist Ostermontag-Abend in Jena-Ost. Ein schwarzer BMW fährt langsam an uns vorbei, hält an, legt den Rückwärtsgang ein. Zwei Leute springen aus dem Auto, Bomberjacke und Springerstiefel. Sie sind schneller als wir, nach 200 Metern haben sie uns eingeholt. "Du siehst so aus, als hättest du noch nie ordentlich eine auf die Fresse gekriegt" sagt der Größere zu meinem Freund und schlägt ihm mit der Faust ins Gesicht. Wir werden beschimpft als linkes Gesindel, als Pack. Mein Freund wird wieder geschlagen. Ich schreie los, panisch vor Angst, hilflos den Schlägern ausgeliefert, voller Ohnmacht, keine Chance zu fliehen, und weit und breit kein Mensch zur Hilfe. Mich schlägt man nicht. Ich werde bedroht: „Wir kennen dich, wir haben ein Foto von dir. Wenn du zur Polizei gehst, machen wir dich fertig“, sagt der eine zu mir. Und dann lassen sie plötzlich von uns ab, rennen zu ihrem Auto und fahren weg. Mein Freund hatte eine Nasenbeinprellung, sagte der

Arzt, nichts Schlimmes. Schlimmer als die äußeren Verletzungen waren die inneren: diese Angst, die Ohnmacht, die Hilflosigkeit, dieses Ausgeliefert sein. Ich habe mit Freunden geredet, und wir sind dann doch noch zur Polizei gegangen und haben Anzeige erstattet. Aber noch heute, zwei Wochen später, überfällt mich noch manchmal so eine tiefe Angst.

Norman:

Ich bin mit meinem jüngeren Bruder in der JG gewesen, wie fast jeden Dienstag. Vor unserem Haus in Winzerla ist kein Parkplatz mehr frei. Wir müssen ein kleines Stück nach Hause laufen. In unserer Straße, wir sind schon fast zu Hause, begegnen wir einer Gruppe Jugendlicher. Vom Äußeren her sehen sie nicht bedrohlich aus, eher normal. Plötzlich, ohne jede Vorwarnung, ohne jede Androhung, wird mein Bruder hinterrücks angefallen. Als ich ihm helfen will, werde ich weggestoßen und zusammengeschlagen. Irgendwie bin ich wieder hochgekommen. Vor unserer Haustür werde ich wieder eingeholt und nochmals zusammengeschlagen. Als ich am Boden liege, tritt man wahllos auf mich ein, ins Gesicht, in den Rücken, überall hin. Ich versuche mich so gut

es geht zu schützen. Aber mehr noch als die Tritte weh tun, habe ich Angst um meinen Bruder. Als alles vorbei ist, die Schläger geflüchtet sind, finde ich meinen Bruder im Gebüsch. Sein Rücken tut wahnsinnig weh, er kann kaum laufen. Irgendwann sind auch diese Schmerzen wieder vorbei. Aber die Angst, wieder überfallen zu werden, so ohne jeden Grund, die sitzt ganz tief in mir. Und das ist fast schlimmer als alle Tritte.

Nein, Jena ist keine rechtsradikale Stadt. Und auch diese rechtsradikal motivierten Überfälle geschehen nicht alltäglich und sie geschehen nicht jedem. Sie können, als normaler Bürger, ganz normal durch unsere Stadt gehen, in Jena-Ost wie in Winzerla oder auch in Lobeda - sie müssen sich ja nicht den Rechten in den Weg stellen. Dann geschieht ihnen auch nichts. Und diese zwei „Vorfälle“ - das sind Ausnahmen, so etwas passiert halt manchmal, unter Jugendlichen auch mal mehr. Das ist keine besondere Pressemeldung wert. Eine kurze Notiz aus dem Polizeibericht vielleicht... Wozu Hintergründe aufzeigen? Wozu von der Angst und der Ohnmacht schreiben? Wozu die Bürger und Bürgerinnen verunsichern.

Anne und Norman

Dieser Text wurde als Redebeitrag der Jungen Gemeinde Stadtmitte zur Kundgebung am 8. Mai 2000 in Jena vorgelesen. Er bezieht sich auf zwei Überfälle von Neonazis auf Jugendliche der Jungen Gemeinde, die sich in den Wochen unmittelbar vor dieser Kundgebung ereigneten. (Siehe auch die Dokumentation rechter Übergriffe in dieser Broschüre)

NPD UND JN IN JENA



Dieser Text soll einen groben Überblick über die Strukturen der JN und NPD in Jena (und Thüringen) geben. Im zweiten Abschnitt geht es darum über Veranstaltungen und Aktionen der NPD/JN in Jena seit November 1999 zu informieren.

Die NPD hat bundesweit etwa 6000 Mitglieder, 250 davon in Thüringen. Hier im Freistaat ist die Nationaldemokratische Partei nahezu in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt mit einem Orts,- bzw. Kreisverband vertreten. An der Spitze des Jenaer Kreisverbandes steht der 25jährige Ralf Wohlleben. Wohlleben ist vorbestraft wegen Nötigung und Körperverletzung an zwei jungen Frauen.

Die Stellvertreterin von Wohlleben, im NPD-Kreisverband ist N. Schäfer, die Beisitzer sind Rick Wedow, Ronny Artmann, T. Retz und Daniel Schubert. Wohlleben sitzt mit dem Jenaer Ronny Artmann im Landesvorstand der Thüringer NPD, zu welchem auch der THS - Gründer und neofaschistische Multifunktionär Tino Brandt oder auch der im Zusammenhang mit einem Anschlag auf eine Moschee in Gera verhaftete Jörg Krautheim gehören. Letzterer ist einer der Führungskader der zum THS gehörenden Kameradschaft Gera.

Die Jungen Nationaldemokraten, die bundesweit etwa 350 Mitglieder stark sind, haben auch seit einiger Zeit einen Landesverband in Thüringen. In Eisenach wurde am 22. Juli 2000 der Landesverband der JN gegründet. Kreisverbände gibt es in Gera, Saalfeld/Rudolstadt, Jena und Eisenach. Der Landesvorsitzende der Jungen Thüringer Nationaldemokraten ist Sandro Tauber aus Bad Blankenburg, einer der Stellvertreter ist der 19 jährige Patrick Wieschke (Eisenach); der 20jährige Jenaer Neonazi Carsten Schulze der etwa bis Ende 2000 der zweite Stellvertreter war legte seine Ämter nieder. Patrick Wieschke ist neben seiner Tätigkeit als Landespressesprecher der JN auch noch Sprecher folgender Gruppen: Kameradschaft Eisenach, JN Stützpunkt Eisenach, Anti-Antifaschistisches Komitee Eisenach, Nationales und Soziales Aktionsbündnis Westthüringen und der Eisenacher Sektion des THS. Neben diesem Namensfetischismus neigt er auch zur Gewalt. So verprügelte er in der Nacht vom 13. zum 14. August 1999 seine Mutter, desweiteren wurde er vom Amtsgericht Eisenach zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er einen DGB-Ord-

ner, während einer DGB-Demonstration ins Gesicht schlug. Darüber hinaus unterhält er enge Kontakte zu dem verurteilten Naziterroristen Manfred Roeder.

An der Spitze der Jenaer JN-Stützpunktes steht Ronny Artmann, dessen stellvertretender Stützpunktleiter M. Marks ist. Als Beisitzer fungieren hier Daniel Schubert sowie Mathias Klose, Falk Schönfelder und Christian Ebenau.

Die Jenaer NPD und JN haben nach eigenen Angaben derzeit etwa je 20 Mitglieder.

Eine der wichtigsten Kampagnen der Neonazis war der Versuch, in Jena ein eigenes Jugendzentrum aufzubauen und dieses von der Stadt gefördert zu bekommen. Zu diesem Zweck mobilisierten die in Jena agierenden und agitierenden neofaschistischen Organisationen für den Weihnachtsmarkt Anfang Dezember 1999 ihre Anhänger. So kam es, daß sich während des Weihnachtsmarktes zeitweise bis zu 60 Neonazis in der Innenstadt und auf dem Markt aufhielten. Diese machten teilweise gezielt Jagd auf Jugendliche, die sie der JG Stadtmittre zuordneten und griffen auch sonstige "alternativ" aussehende, eben nicht ins Weltbild der Na-



Ronny Artmann (rechts)

zis passende, Jugendliche an. Der Hintergrund für diesen diffus wirkenden Terror, der durch Presseberichte auch die Stadtväter zum Handeln zwang, wurde am 10.12.1999 offensichtlich. An diesem Tag wurde ein Flugblatt der JN bekannt. "Denkanstöße zum Weihnachtsmarkt 99", so der Titel dieses Flugblattes, deren Verfasser die Gewalt der Neonazis herunterzuspielen versuchten. So wird die Forderung nach einem eigenen Jugendzentrum, in dem sich rechte Jugendliche treffen können, gestellt. De facto einen Ort, an dem Neonazis ungestört sind und neue Jugendliche anwerben können.

Diese Horrorvision ist leider schon in vielen Städten Ostdeutschland traurige Realität. Beispielhaft zu nennen sind Orte wie Leipzig - Grünau, Wurzen, Delitzsch oder Königs-Wusterhausen, Städte in denen Nazis gezielt und erfolgreich mit dem Mittel "Gewalt auf der Straße" Druck in den Stadt-



Ein Infostand der NPD gegenüber der Goethe Galerie, Februar

ämtern gemacht haben, um von ihnen dominierte Jugendzentren zu bekommen. Eben Plätze, an denen die neonazistischen Parteien gezielt ihren Nachwuchs rekrutieren und ausbilden können. Die Jugendlichen, die im Dezember noch so verzweifelt versuchten, einen Treffpunkt herbeizuprügeln, zeigten beim Frühjahrsmarkt (also nur wenige Monate

später) schon kein „offenes“ Interesse mehr an einem solchen Zentrum. Die Naziorganisationen verlieren dann an Attraktivität, wenn es ihnen nicht gelingt, ihre Interessen durchzusetzen.

Der Versuch, ein nationales Jugendzentrum in Jena aufzubauen, wurde langfristig aber nicht aufgegeben. Einige versuchten z.B. mit unscheinbaren Zetteln, auf denen Jugendliche eigene Räume suchten, einen eigenen Treffpunkt zu bekommen. (einige dieser Zettel hingen u.a. in der Nähe des Saalbahnhofes aus) Auf diesen Flyern war eine Telefonnummer angegeben, die zu dem einschlägig bekannten Nazischläger Pierre Jüstel führte.

Ein weiterer Versuch, in der Öffentlichkeit Fuß zu fassen, war die etwa ab Anfang April initiierte Unterschriftenkampagne der NPD gegen eine "zu lasche" Drogenpolitik der Stadt Jena. Die NPD versuchte dabei schwerpunktmäßig in den Plattenbausiedlungen Jena - Winzerla und Jena-Lobeda mit Informationsständen präsent zu sein. So z.B. am 17.04. 2000 vor der REWE Kaufhalle in Winzerla, als u.a. Daniel Schubert und Christian Ebenau für die NPD Unterschriften sammelten. Auch bei dieser Aktion spielten Populismus und Rassismus eine wichtige Rolle. Zitat aus einer Pressemitteilung von Ralf Wohlleben: "Die Polizei steht dem Treiben der meist

Denkanstöße zum Weihnachtsmarkt 99

"Am Freitag, den 10.12., wurde in Jena ein Flugblatt der "Jungen Nationaldemokraten" verteilt darin wollen sie einen "Denkanstoß zur Lösung der Probleme" geben. Sie erklären, daß "Gewalt nicht nur von einer Seite ausgeht", sie lehnen eine Bezeichnung von Jugendlichen als "Faschos, Skins oder Nazis" ab. Weil mit dieser "Verteufelung" solche "14 bis 17 jährige ... in eine politische Ecke gepreßt" werden.

Und sie bieten eine Erklärung für die "höhere Gewaltbereitschaft" der Jugendlichen an: Weil die "rechten Jugendlichen keiner will", weil sie "keine Jugendeinrichtungen haben" und "keiner sich um sie kümmert". Deshalb sind sie gewaltbereit so die scharfsinnige Analyse.

Merken die Politiker und sonstigen verantwortlichen der Stadt Jena, wie sehr sich die eigenen Einschätzungen mit denen der Jungnationaldemokraten ähneln bzw. völlig übereinstimmen? Wer hat hier von wem "abgeschrieben"? Wer paßt sich hier wem an und wozu?

Die JN möchte eigene Jugendräume einrichten, sie möchten öffentlich von der Stadt gefördert und damit öffentlich anerkannt werden. Das legt das ... Flugblatt dem Leser regelrecht in den Mund. Und es hat bereits ein Gespräch mit einem offiziellen Vertreter der Stadt Jena dazu gegeben. Abschlägig allerdings, so heißt die nichtoffizielle Information."

(Zitiert nach einem offenem Brief von Stadtjugendpfarrer Lothar König)

schwarzafrikanischen Dealer machtlos gegenüber. Razzien werden undifferenziert als Akt der Fremdenfeindlichkeit und Rassismus diffamiert. Wir stellen eindeutig fest: die Drogenszene ist in der Hand ausländischer Banden. Die Täter werden aber nicht dingfest gemacht. Besonders zwielichtige Elemente des linken Spektrums sind sogar so dreist, sich mit den Kriminellen zu solidarisieren ..."

Der letzte größere Erfolg, den die NPD in Jena erringen konnte (wenn auch nicht unter eigenem Namen), war die Wahl Ralf Wohllebens in den Winzerlaer Ortschaftsrat. Am Freitag vor der Wahl wurde (von NPD-Anhängern und anderen Neofaschisten) an alle Briefkästen in Winzerla ein Wahlwerbezettel für Wohlleben verteilt. Hier gibt er sich in bester populistischer NPD - Manier als braver Biedermann, wenn er mehr Sauberkeit (Zitat Wahlwerbeflyer: "Hundekot, Glasscherben und Unrat haben im Sandkasten nichts zu suchen!"), Kfz-Stellplätze und ein besseres Freizeitangebot für Jugendliche fordert. Wobei bei letzterem Punkt wieder eine alte Forderung vom Weihnachtmarkt in leicht entschärfter Form wiederholt wird, Zitat Wahlwerbeflyer: "Scheinbar sind die beiden bisher bestehenden Jugendclubs für die entsprechende Zielgruppe unattraktiv, denn die Masse der Jugendlichen hält sich auf öffentlichen Plätzen oder vor Kaufhallen auf."

Schon einen Tag später reagierte eine antifaschistische Initiative und verteilte Informationsflugblätter über die Dinge, die Wohlleben verschwieg, wie z.B. seine NPD - Parteizugehörigkeit, seine nachgewiesenen Kontakte ins rechtsterroristische Spektrum und seine Vorstrafen. Diese Flyer wurden von Wohllebens Anhängern noch am selben Tag (von den Haustüren, wo sie angebracht waren) entfernt, Zeugenberichten zufolge sogar aus einigen Briefkästen gestohlen.

Aus einer Grussbotschaft des THS an die JN

"(...) Bei allen Idealismus bedenkt jedoch das gerade eine Jugendorganisation wie die JN keinen Pöbel in ihren Reihen dulden sollte, also sucht euch eure Mitstreiter nach dem Grundsatz "Klasse statt Masse"

Gebt den *Systembütteln* keinen Anlass schlecht über uns zu berichten und gegen uns vorzugehen. Die Zeit für Widerstand ist zweifelsohne gekommen. (...)

Ihr seid der deutschen Geschichte und Ihrer Tradition verpflichtet dies ist eine ungeheure Verantwortung die auf euch lastet, tragt diese Last mit Würde und Erhabenheit. Und eben diese Tradition verpflichtet euch dazu anständig *für dieses Volk zu kämpfen*, Übergriffe gegen Ausländer mögen zwar für einen Moment eine gewisse *Innere Befriedigung* geben ...

Unser Kampf gilt denen die unser Land verkaufen unsere Kultur dem Kapitalismus opfern und sich selbstherrlich Vertreter des Volkes nennen das sind unsere Feinde: Die Politiker dieses Landes. (...)

In diesem Sinn, auf gute Zusammenarbeit

Für die Freiheit! Mit freundlichen Grüßen, Thüringer Heimatschutz" (*kursive Hervorhebungen durch die Redaktion, Rechtschreib,- und Kommafehler im Original*)

Ralf Wohlleben wurde am 18.06.2000 mit 111 Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 8.03 % (von 9757 Wahlberechtigten gaben nur 783 ihre Stimme ab) in den Winzerlaer Ortschaftsrat gewählt.

Indem Vertreter der NPD bei kommunalen Wahlen auftreten, versucht die NPD, ihre Spitzenkandidaten zu profilieren und für größere Wahlen bekanntzumachen, um so Akzeptanz und einen Bekanntheitsgrad, für diese in der Öffentlichkeit zu schaffen.

Jenaer Neonazis und NPD/JN-Anhänger beteiligen sich schon seit langem immer wieder an Nazidemonstrationen, so z.B. an einer Demonstration gegen ein Flüchtlingsheim in Gera am 12.02. 2000, am 08.04. 2000 an einer Demonstration gegen den Innenminister Thüringens in Pößneck oder auch an den Versuchen der NPD, seit dem 1. Mai jedes Wochenende in Weimar eine Demonstration durchzuführen. Neofaschisten aus Jena beteiligten sich ebenfalls an überregionalen Demonstrationen oder

Veranstaltungen, so geschehen im Mai beim Bundesparteitag der NPD in der Passauer Nibelungenhalle oder auch einige Wochen später bei einer Demonstration der NPD in Berlin, die gegen das Holocaustmahnmal gerichtet war. Ebenfalls zum Repertoire der NPD gehört es, die Stadt mit eigenen Aufklebern vollzumüllen. Verstärkt tritt diese Art der Propaganda in den Plattenbauvierteln Jenas auf. Aber auch die Innenstadt und andere Stadtteile bleiben davon nicht verschont. Wie auch immer die momentan geführte Diskussion um ein NPD-Verbot ausgehen wird, kann sie die faschistischen Strukturen nur oberflächlich berühren.

Alexander P. P. Däniken

Letzte Änderungen dieses Artikels fanden im Januar 2001 statt.

...NICHT VOM HIMMEL BEFALLEN

SCHULE UND RECHTSEXTREMISMUS



Dieser Text erschien ursprünglich unter dem Titel „Da ist eine klare und persönliche Positionierung gefragt“ in der Broschüre „Handeln gegen Rechtsextremismus ist Handeln für mehr Demokratie“ des Zentrums für Demokratische Kultur.

Ein Gespräch mit Katrin Kundel, Schulleiterin der Kurt-Schwitters-Oberschule mit gymnasialer Oberstufe Berlin-Prenzlauer Berg

Politik in der Schule?

Viele ostdeutsche Lehrer haben nach der Wende Politik zu einer Angelegenheit erklärt, die in der Schule nichts zu suchen habe. Kann man als Lehrer unpolitisch durch den Schulalltag gehen?

Darüber habe ich viel nachgedacht. Für den Zeitraum der ersten zwei, drei Jahre nach der Wende würde auch ich Versuche konstatieren, Schule zu entpolitisieren, um sich von den in der DDR üblichen Formen politischer Bildung (z. B. „Aktuelle politische Stunde“,

Staatsbürgerkundeunterricht) abzugrenzen. In Gesprächen haben mir einige Kollegen gesagt, daß sie sehr unpolitisch geworden sind. Ich denke, daß ist eine Schutzreaktion gewesen, eine Form der Verarbeitung, manchmal auch der Nichtverarbeitung und vielleicht auch eine notwendige Denkpause. Durch Gespräche mit Kollegen ist mir aber klargeworden, daß sich in den letzten Jahren Entwicklungen vollzogen haben. Inzwischen ist deutlich geworden, daß Schule gerade in einer demokratischen Gesellschaft nicht unpolitisch sein kann.

Fazit: Es ist unmöglich, die Schultür vor der Politik zu verschließen?

Das ist allein schon deshalb unmöglich, weil die Schule ein Ausschnitt der Gesellschaft ist und daher mit all den Problemen konfrontiert wird, die die Gesellschaft hat. Schule kann nicht ohne, sondern muß mit der Gesellschaft leben. Der Unterricht kann und sollte auch nicht unpolitisch sein. Geschichte, Erdkunde bzw. politische Weltkunde in der Oberstufe sind

Fächer, die sich ohnehin thematisch mit Politik auseinandersetzen. In einigen Klassen sind tagespolitische Ereignisse, ob sie nun die Innen- oder die Außenpolitik betreffen, einfach ein Thema. Daneben gibt es aber auch Gedenktage, Veranstaltungen, politische und gesellschaftliche Aktionen.

Wie man es am vernünftigsten anstellt, die Schüler zu interessieren, ohne sie zu indoktrinieren, ist eine Frage, über die man sich im Kollegium verständigen muß.

Es fällt sicher vielen Lehrern schwer, ohne klare Vorgabe zu entscheiden, was richtig und falsch ist. Es ist nicht einfach, zu überlegen, ob man überhaupt objektiv und wenn ja, wie man objektiv sein kann. Das kann nur bewältigt werden, indem man das gemeinsam mit den Kollegen bespricht.

Funktioniert dieser Verständigungsprozeß?

Sicher ist die Verständigung über solche Fragen schwierig. Wenn es um allgemeine gesellschaftliche Werteerziehung, um Erziehung zur Demokratie und zur Toleranz geht, klappt das aber sehr gut. Auch das ist letztlich immer Politik.

Ich glaube, daß viele Lehrer pluralistisch sein wollen, es ihnen aber nicht so einfach gelingt. Es ist wichtig, gegenüber Schülern klarzustellen: »Ich äußere jetzt meine persönliche Meinung, bin mir aber dessen bewußt, daß ich möglicherweise falsch liege. Denn meine Äußerungen müssen an der gesellschaftlichen Entwicklung gemessen werden.«

Wobei ich denke, daß es viele Unsicherheiten bei Kollegen betreffs der Auseinandersetzung mit konträren Positionen gibt. Auch gewisse Ängste davor, nicht das Richtige zu sagen.

Natürlich erinnert das an die Vorgeschichte politischer Bildung zu Zeiten der ehemaligen DDR. An dieser Stelle kommt man nur weiter, wenn man innerhalb des Kollegiums Offenheit dafür schafft, darüber redet. Zuweilen muß man externe Partner oder Referenten einladen. Häufig genügt es, wenn mehrere Kollegen offen darüber reden. Wir versuchen, diese Gesprächskultur und die entsprechend offene Atmosphäre schon in kleineren Gruppen anzuregen bzw. herzustellen. Es muß im Kollegium und auch von der Schulleitung deutlich signalisiert werden, daß das Gespräch darüber gewünscht wird, daß auch der einzelne Kollege alles sagen und man gemeinsam einen Umgangsweg suchen muß und finden kann. Das ist im Hinblick auf die Vorgeschichte der ostdeutschen Lehrer nicht einfach, aber machbar.

Wie können sich Lehrer demokratisch positionieren und Schüler dazu bewegen, demokratische Werte anzuerkennen und sich anzueignen?

Ich denke, daß viele Lehrer das viel häufiger tun, als sie sich dessen bewußt sind. Die Aussage »Wir sind ja so unpolitisch geworden!«, dieser Versuch, sich zu enthalten, ist ja in gewisser Weise auch der Versuch gewesen, nicht einseitig zu sein. Aber »gar nichts zu sein«, funktioniert in der Schule nicht. Der Lehrer steht immer 20-30 Schülern gegenüber und die sorgen allein schon dafür, daß er sich als der Erziehende und Bildende klar positioniert und

zugleich mit anderen Positionen auseinandersetzt.

Handlungsmöglichkeiten

gegen rechts-extreme Tendenzen
- Stärkung demokratisch orientierter Schüler

Wie reagieren Sie auf rechtsextreme Tendenzen in der Schule?

Man muß sich darüber im klaren sein, daß rechtsextreme Orientierungen nicht eines Tages einfach auftauchen, sondern sich entwickeln. Dessen ist sich an unserer Schule eine große Zahl von Lehrern durchaus bewußt. Das heißt, solche Entwicklungen werden beobachtet. In der Regel setzen Kinder und Jugendliche Signale, bewußt und unbewußt. Wenn wir zusammensitzen und über Schüler sprechen, tauschen wir uns darüber aus, wo wir Potentiale unter Schülern wahrnehmen, die anfällig sind. Schüler, die z. B. mit Parolen auftreten oder entsprechendes auf die Bänke schreiben. Am Anfang steht immer wieder der Versuch, sich in regelmäßigen Abständen zu verdeutlichen, wie die Situation gegenwärtig ist.

Denn dadurch wird sichtbar, in welchen Klassen oder Jahrgängen ein wahrnehmbarer Trend zu verspüren ist. Dieser Trend äußert sich z. B. auch in der Bekleidung. Bezüglich des rechtsextremen Outfits muß man sich allerdings kontinuierlich weiterbilden, um auf dem Laufenden zu bleiben. Denn im Augenblick zeigt sich, daß das Äußere nicht mehr allein entscheidend ist. Auch auf Wandertagen oder im Unterricht läßt sich dergleichen wahrnehmen. Über Anfragen der Schüler an den Lehrer zum Beispiel, als deutlicher Wunsch, über bestimmte Themen zu kommunizieren oder auch zu

provozieren.

Welcher Schritt ist der nächste?

In der Regel versuchen die Lehrer, in einem kleineren Kollegenkreis, je nach Betroffenheit und - falls das gewünscht wird - unter Einbeziehung der Schulleitung zu überlegen, wie damit umgegangen werden kann und muß. Um nur einige Beispiele zu nennen: Man kann im Unterricht bestimmte Dinge noch stärker hervorheben. Mitunter wird auch ein Thema vorgezogen. Es werden Angebote für Unterrichtsgänge gemacht, Einzel- und Gruppengespräche geführt und Projekte entwickelt. Aus solchen zeitweiligen Verstärkungen rechtsextrem orientierter Tendenzen ergeben sich dann langfristige Strategien.

Können Sie ein konkretes Beispiel nennen?

Zum Beispiel wurde an unserer Schule aufgrund dieser Tendenzen für den Jahrgang 10 im Fachbereich Geschichte festgelegt, daß nicht nur die Gedenkstätte Sachsenhausen besucht wird, sondern innerhalb des Stadtbezirks ein Unterrichtsgang zur Jüdischen Geschichte durchgeführt und die Ausstellung »Topographie des Terrors« angesehen wird, kurz: daß ein größeres Rahmenprogramm als dieser einmalige Gedenkstättenbesuch absolviert wird. Meiner Erfahrung nach haben solche Besuche sehr nachhaltige und grundsätzliche Effekte. Es werden immer rund 170 Schüler damit konfrontiert. Dadurch werden implizit der gegenwärtige Rechtsextremismus und explizit die historischen Folgen des Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945 thematisiert. Das wirkt nach außen: den jüngeren Schülern wird signalisiert »Aha,

es gibt einen umfangreichen Zeitraum, in dem sich die Schule mit dem Thema beschäftigt.« Das ist insofern wichtig, als Schüler mitunter auch provozieren, malen, schreiben, Fragen stellen, weil sie glauben, daß über dieses Thema nicht gesprochen wird. Durch solche Projekte gewinnen auch die Lehrer Sicherheit, können Erfahrungen darüber sammeln, womit man auf Schüler Wirkung erzielt, was Schüler interessiert. Denn die Schüler selbst sagen das nicht unbedingt von sich aus.

Aus der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen - die Situation wird beobachtet, eingeschätzt und besprochen, danach werden Überlegungen angestellt, wie man damit umgeht - und der sich anschließenden Projektarbeit, entwickeln sich bestimmte Herangehensweisen. Aus diesem Handeln erwachsen immer wieder neue Ideen. Zum Beispiel haben Schüler im Wahlpflichtkurs Literatur gesagt: »Wir wollen Ausschnitte aus dem Stück 'Ich trug den gelben Stern' von Inge Deutschkron aufführen.« Dann wurde Frau Deutschkron eingeladen und das Stück wurde in der Aula aufgeführt. Das sind Initiativen, die aus der allgemeinen Atmosphäre entstehen, die durch offensive Auseinandersetzung geprägt wird. Das beeinflusst das Schulklima nachhaltig.

Haben Ihre Projekte Modellcharakter?

Wir haben einiges ausprobiert, von dem ich mir vorstellen könnte, daß man es kontinuierlich einsetzt. Man muß sich dazu Partner suchen, die das unterstützen. Wir haben z. B. in Zusammenarbeit mit dem Verein Politische Bildung eine Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz gemacht. Gemeinsam mit Schülern der 10. bis 12. Klasse, d. h. mit unterschied-



Der Versuch einer Kundgebung durch die „Republikaner“ auf dem Jenaer Markt im Sommer 1998 wurde durch mehrere hundert GegendemonstrantInnen zunichte gemacht.

lichen Altersstufen. Aus solchen Erlebnissen läßt sich immer wieder ausreichend Gesprächspotential entwickeln. Das klingt nach Aktionismus, hatte aber in der gesamten Schule Wirkungen: es war deutlich geworden, welche Position die Schule bezieht. Natürlich muß das so offen sein, daß die Schüler noch die Chance haben, ihre durchaus konträren Meinungen einzubringen und sich in eine wirkliche Auseinandersetzung zu begeben. Ich glaube, daß das ein vernünftiger Weg ist.

Zum Umgang mit Schülern,

die sich rechtsextrem exponieren

Sie schützen und stärken mit Ihrem Vorgehen vor allem diejenigen Schüler, die nicht rechtsextrem orientiert sind. Das ist ein sehr wichtiger Schritt. Welche konkreten Erfahrungen haben Sie mit den Schülern gemacht, die sich offen rechtsextrem artikulieren?

Wenn man in diesem ganzen Bearbeitungsprozeß zu der Erkenntnis kommt, daß man es mit Schülern zu tun hat, die ziemlich eindeutig in Gruppen außerhalb der Schule organisiert sind und beschult werden, wird es schon schwieriger. Solchen Schülern begegnen wir natürlich

auch. Das sind in der Regel Schüler, die nicht unbedingt durch das äußere Erscheinungsbild auffallen, aber permanent versuchen, im Unterricht Signale zu setzen. Das stellen sie durchaus nicht ungeschickt an. Häufig wird das über ein großes Interesse an der Militärgeschichte transportiert. In Schülervorträgen wird zum Beispiel versucht, Schwerpunkte zu setzen. Es entspricht der Strategie dieser rechtsextremen Bildungsgruppen, den Schülern Material an die Hand zu geben, das sie - ausdrücklich dazu aufgefordert - direkt in den Unterricht tragen. Dieses Material taucht selten auf, kommt aber vor.

Wie gehen Sie dann vor?

Damit umzugehen ist nicht immer leicht. Das hat aber weniger damit zu tun, daß es nicht gelänge, eine Position der Klasse dazu herzustellen. Das schafft man. Die meisten Schüler in den Klassen, in denen auf die eben beschriebene Weise rechtsextreme Positionen geäußert werden, sind dankbar dafür, daß das thematisiert wird, fühlen sich in ihrem Unbehagen bestärkt und geben dann auch zu verstehen, daß sie das nicht wollen, daß sie andere Positionen vertreten. Schwieriger ist es, die Schüler zu einer Kommunikation mit diesen rechtsextrem orientierten Schülern zu bewegen. Schließlich ist es notwendig, eine

Grenze zu setzen und gegenüber rechtsextrem orientierten Schülern zu verdeutlichen, daß man ihre Organisation in einer Gruppe außerhalb der Schule und ihre Bestrebungen, Materialien einzubringen, registriert hat. Ich versuche in solchen Fällen, mit ihnen darüber reden. Das wird häufig abgelehnt. Dann weise ich sie darauf hin, daß in dieser Schule solches Material nichts zu suchen hat.

Wird das akzeptiert?

Ja, aber zunächst ergibt sich aus diesem Signal häufig eine Diskussion über Aufkleber, die legal sind, oder über Deckel von Heftern, die Aussagewerte enthalten, die strafrechtlich nicht relevant sind, sondern sich in der bekannten, den betreffenden Schülern durchaus bewußten Grauzone bewegen. An diesem Punkt muß man sich sehr deutlich und ganz persönlich äußern: "Hier ist meine auch ganz persönliche Toleranzgrenze erreicht. Ich wünsche das nicht." Damit kann man den Aufkleber noch nicht von der Federtasche reißen und damit verschwindet er auch noch nicht. Aber damit hat man sich stark, klar und auch persönlich positioniert.

Die Möglichkeit, Kollegen zu motivieren

Ist diese klare und persönliche Positionierung die Regel unter Lehrern?

Ich habe auch die Erfahrung gemacht, daß Lehrer eine solche Positionierung hinauschieben, um es einmal vorsichtig zu formulieren. Dafür habe ich ein gewisses Verständnis. Damit sind Bedrohungsgefühle verbunden, denn rechtsextrem orientierte Schülern vermitteln auch ein Gewaltpotential. Es kommt immer wieder vor, daß

man fünf, sechs, sieben oder nur einen Schüler hat, von dem man annehmen muß, daß er stärker organisiert ist als wir uns das wirklich vorstellen können. Dazu muß man Stellung beziehen. Diesen Schülern gelingt es gut, zu suggerieren, daß hinter ihnen Massen stehen, wodurch sie Angstgefühle auslösen. Die verbreiten sie nicht nur gegenüber Lehrern, sondern auch - und noch viel direkter - gegenüber Schülern: »Wenn du jetzt nicht den Mund hältst, dann passiert etwas.« Dann setzen Phantasien ein. Die Schüler machen auf der Straße genügend Erfahrungen dieser Art.

Um zusammenzufassen: Die Schule hat bzw. die Lehrer haben die Aufgabe, darauf zu achten und zu beobachten, ob und wie rechtsextreme Positionen artikuliert werden. Die Schule kann nicht widerspruchslos hinnehmen, wenn Unrecht nicht als Unrecht bezeichnet wird. Da ist eine klare und persönliche Positionierung gefragt. Auch von einzelnen Lehrern, denn sie sind für die Jugendlichen verantwortlich.

Ich glaube im übrigen, daß die Jugendlichen klare Positionierungen wollen, denn sonst würden sie keine Signale setzen. Wenn Schüler sich nicht artikulieren, dann wünschen sie keine Kommunikation. Das ist jedoch nicht die Regel.

Wie kann man Lehrer, die das "hinausschieben", zur Klarheit bewegen?

Man muß rechtsextreme Tendenzen in der großen Konferenz in den Schulen thematisieren und dazu am besten einen Referenten einladen, der zunächst ganz allgemein über die Problematik informiert. Denn es herrscht immer wieder Aufklärungsbedarf und man kommt allein hinter der Entwicklung nicht her. Deshalb



reicht es nicht aus, einmal in sieben Jahren zu informieren, das muß man mehrmals tun. Dadurch signalisiert man den Kollegen, daß das Thema relevant ist. Durch das Bereitstellen von Materialien, die Beschaffung von Literatur und das Einbringen in die Unterrichtsplanung kann das Thema nicht verlorengehen. Auch die Vorbildwirkung ist wichtig. Es kann nicht sein, daß ich als Schulleiterin durch die Schule laufe und zu gar nichts etwas sage, zugleich aber von den anderen verlange, daß sie das für mich klären. So funktioniert es nicht. In meinen Augen ist es angemessen und wird von mir auch akzeptiert, wenn ein Lehrer zu mir kommt und mich um Hilfe bittet. Das ist mir lieber, als wenn er gar nichts unternimmt. Ich weiß auch nicht immer sofort, welches die richtige Herangehensweise ist, aber gemeinsam können wir das sicher herausfinden.

Dann kann man sich gegenseitig im Kollegium bestärken. Ich mache die Erfahrung, daß das manchmal nicht passiert, daß etwas erst durch Zufall zur Sprache kommt, wenn man mal darüber redet. Es nützt wenig, zu sagen: Du mußt dich positionieren. Es ist hilfreicher, zu vermitteln, daß man etwas tun kann, daß es richtig ist, sich zu positionieren, und daß sich jeder darauf verlassen kann, daß er den Schutz der anderen hat. Je mehr

Lehrer das tun, desto besser ist das.

Wie signalisiert man die Bereitschaft zu schützen?

Indem man wirklich schützt: dadurch, daß man denjenigen, der ein Problem artikuliert, nicht im Regen stehen läßt. Wenn Schüler sich an einen Lehrer oder die Schulleitung wenden, weil sie sich bedroht fühlen, muß man helfen. Dadurch bemerken auch die anderen Schüler und Lehrer, daß 1. ein Hilfebedürfnis besteht und 2. Anstrengungen unter-

orientierter Jugendlicher anpassen, sich weder in der Vorliebe einer bestimmten Musikrichtung noch im Kleidungsstil uniformieren. Entweder kleiden sie sich völlig normal oder sie sind z. B. Punker, Gruffies etc.

Wenn man sich der Thematik Rechtsextremismus stark zuwendet, läuft man leicht Gefahr, erklärt zu bekommen, daß man den Linksradikalismus außer acht läßt. Das ist ein echter Spagat, mit dem ich auch unterschiedliche Erfahrungen

einem Verbot nichts auszurichten ist, läßt sich wieder nur im Gespräch klären, wie die Einstellung des einzelnen Schülers zu diesen Symbolen ist, was damit demonstriert werden soll. Man kommt dann auf die Wertediskussion. Ich muß versuchen, klarzumachen, welche die Werte sind, die für uns alle anzustreben sind. Wobei diese Werte nicht unbedingt in der Mitte liegen. Schule besteht aus Kommunikation und diese Möglichkeit muß man nutzen, diese Zeit muß man sich nehmen.

Minderheiten

Welchen Stellenwert haben an Ihrer Schule kulturelle Minderheiten?

Wir haben an unserer Schule versucht, Kontakte und Schulpartnerschaften zu vermitteln, um unseren Schülern zu zeigen, wie groß die Welt ist und daß es noch andere Menschen als sie gibt. Das hat ganz gut geklappt. Zum Beispiel mit Frankreich. In einem Alter, in dem die Schüler noch gar nicht so gut sprechen. Dieser Austausch funktionierte über eine Schule in Paris. Unsere Schüler waren zunächst entsetzt darüber, daß die Franzosen nicht alle aussehen wie Mitteleuropäer. Auf diese Weise konnten die Schüler die Erfahrung machen, daß es in Westeuropa zu den Standards gehört, daß die Gesellschaft multikulturell ist.

An unserer Schule selbst haben wir bosnische Flüchtlingskinder, ein paar Kinder aus der ehemaligen Sowjetunion und Schüler anderer kultureller Herkunft, deren Eltern in diesen Berliner Stadtteil umgezogen sind. Sie sind Teil der Schule.

Was kann eine Schule tun, die - was in Ostdeutschland nicht selten ist - keine kulturellen



nommen werden, das Problem zu lösen. Ich denke, es ist ein ganzes Ensemble von Signalen, die man zugleich senden kann und muß.

Schüler, die sich gegen rechtsextreme Orientierungen wenden, geraten schnell in den Verdacht, linksextrem zu sein, obwohl sie lediglich eindeutig signalisieren, daß sie nicht rechtsextrem orientiert sind. Wie schätzen Sie diesen abstrakten Schematismus ein?

Unsere Schule bekommt langsam den Ruf, eine linke Schule zu sein. Einfach, weil es so viele Schüler gibt, die sich nicht den Normen rechtsextrem

gemacht habe. Weil das im Alltag von Schülern in der Tat manchmal so aufgefaßt wird. Man ist sich dessen ja auch nicht immer bewußt. In einem Atemzug zu sagen, daß man »gegen rechts und gegen links« ist, funktioniert nicht. Denn in den Augen der Schüler ist man dann gar nichts.

Auch bei Kollegen gibt es diesbezüglich Unsicherheiten. Fragen wie: »Darf ich ein Antifa-Zeichen tolerieren, wenn ich ein Hakenkreuz nicht toleriere?« Häufig wird das gleichgesetzt und dann wird es scheinbar schwieriger. Ein Hakenkreuz ist strafrechtlich relevant, aber es gibt genügend Symbole, die sich in den Grauzonen bewegen, die nicht verboten sind. Weil hier mit

Minderheiten im engeren Sinn hat?

Grundsätzlich kann man das Verhalten gegenüber Minderheiten auch an anderen Gruppen thematisieren. Zum Beispiel das Verhalten gegenüber Behinderten oder Anders-denkenden. Ich denke, daß es nicht unbedingt notwendig ist, erst 50 % Migranten zu haben, bevor man sich dem Thema Minderheiten zuwenden kann. Begegnung ist sehr wichtig. Entscheidend ist, daß die Schüler lernen, mit anderen Menschen umzugehen. Ich denke, daß auch der Umgang mit bestimmten Normen wie Schönheitsidealen etc. gelernt sein will, denn dann zeigt sich, daß immer alle anders sind, weil kaum jemand den Idealen wirklich genügen kann. Das ist eine Form von Erziehung zu Toleranz, von Erziehung zur Demokratie.

Es kann nicht darum gehen, "Exoten" einzuladen, um durch sie Erziehung zu praktizieren. Man kann das auch anders machen; man muß Schüler für den Umgang mit allen Mitmenschen sensibilisieren.

Strategie der Schulöffnung:

Elterngemeinschaft-Partner-Schülerclub

Wie binden Sie die Eltern in Ihre Arbeit ein?

Die Schule hat gute Möglichkeiten, Elternarbeit zu machen. Schule ist demokratisch organisiert, hat jede Menge Gremien, in denen Eltern mitarbeiten sollen, müssen und können. Bei uns arbeiten die Eltern auf Jahrgangsebene, d. h. sie bilden kleinere Konferenzen innerhalb eines Jahrgangs. In solchen überschaubaren Gremien kann man überlegen, wie auch Eltern gestärkt werden können. Manchmal auch gegenüber ihren Kindern. Wir

begegnen oft Eltern, die sagen, daß sie nichts mehr tun können, wenn ihre Kinder sich schwarze Schuhe und weiße Schnürsenkel kaufen; daß sie nicht mehr kommunikationsfähig sind und es nur noch Streit gibt; daß sie als Eltern diese Entwicklung wahrnehmen, aber erstens nicht einschätzen und zweitens nichts dagegen unternehmen können. Dann gibt es Bedarf und auch die Möglichkeit, mit den Eltern gemeinsam zu überlegen, wie man am besten vorgehen kann.

Welche Möglichkeiten haben Sie, den Eltern zu helfen?

Eine Schule, die auch Sozialpädagogen hat, ist immer besser vorbereitet, weil der Kontakt nach außen so schneller hergestellt werden kann. Denn man muß sich Beratung suchen. Man muß informieren, wer sich mit Rechtsextremismus beschäftigt, damit jeder das Gefühl bekommt, daß wir keine Insel sind. Ich denke, Fortbildungen mit Referenten helfen einen ganzen Schritt weiter. Wir haben sehr viele positive Erfahrungen mit externen Partnern gemacht. Daneben muß man auch Lehrer ganz bewußt zu bestimmten Veranstaltungen außerhalb der Schule schicken, auf denen sie Kontakte knüpfen können. Partnerschaften ergeben sich aber auch, wenn man eine Schule hat, in die ohnehin viele Leute von

außen hineinkommen.

Wie funktioniert das?

Zum Beispiel, wenn ein Schülerclub vorhanden ist, den Leute von außen besuchen, weil Veranstaltungen stattfinden, zu denen wir Leute aus der Umgebung einladen. Das heißt, wenn man grundsätzlich eine Strategie der Öffnung fährt und immer wieder zeigt, daß Zusammenarbeit gesucht und gewünscht wird.

Welche Partner sind das vor allem?

Viele dieser Partner finden sich im weiteren Umfeld von Jugendarbeit. Man darf zwischen Schule und Jugendarbeit nicht so stark trennen. Beide Bereiche gehören einfach zusammen. Man kann nicht den Anspruch erheben, daß Schule alle Probleme lösen kann, aber einiges kann sie schon tun. Wenn am Nachmittag in einer Schule durch einen Schülerclub die Möglichkeit besteht, sich aufzuhalten, Veranstaltungen und Gesprächsrunden durchzuführen, dann ist das immer ein unbedingter Gewinn. Auch für die Lehrer, die sich über den Schulclub an Sozialarbeiter wenden können.

Das Gespräch mit Katrin Kundel führte Sylke Kirschnick



...NICHT VOM HIMMEL GEFALLEN

SEITE 29

„...NICHT VOM HIMMEL GEFALLEN.“



Neonazis und rassistische Übergriffe gibt es in Deutschland nicht erst seit dem Jahr 2000. Seit der Wiedervereinigung sind in Deutschland mehr als 120 Menschen durch rassistische Überfälle und Anschläge ermordet worden. Als 1992 der rassistische Mob in Rostock Lichtenhagen tagelang ein von vietnamesischen Gastarbeiter/-innen bewohntes Haus angriff, sah sich die Polizei „nicht in der Lage“ einzugreifen, äußerten Politiker Verständnis für die Täter. Und deutsche Bürger, Anwohner/-innen aus dem Viertel, stellten sich applaudierend hinter die Angreifer oder reichten gar leere Flaschen für neuerliche Brandsätze.

Interessant auch der Umgang mit Wahlumfragen: In einer für den SPIEGEL durchgeführten Umfrage des EMNID- Institutes, in der „200 überzeugte Wähler von rechtsextremen Parteien“ befragt wurden, gaben 76% der Befragten an, die Parteien zu wählen, weil diese die eigenen Anschauungen und Werte vertreten, 84% äußerten, es würden zu viele Ausländer/-innen in Deutschland leben. In der Auswertung der Um-

frage finden diese Punkte keinen Niederschlag - einzig und allein ausschlaggebend sind die 81% „Protestwähler“. Voller Stolz weist der SPIEGEL darauf hin, daß „jeder fünfte Befragte ... offenbarte, daß er nicht einmal Ziele und Programme der Parteien kenne“ - bleiben immer noch 80% der Wähler, die eben hinter „ihrer“ Partei stehen.

Es deutet sich an, daß Rassismus und auch Antisemitismus keine Frage von extremen politischen Rändern ist, sondern tief in der Gesellschaft verwurzelt

sind. Man braucht nicht lange zu suchen, bis man einen gemeinsamen Nenner gefunden hat, auf den sich sowohl gutbürgerliche Demokraten als auch Neofaschisten beziehen: Die Nation. Kein Begriff wird von den meisten Menschen so sehr ideologisch¹ verklärt, sie erscheint als eine immer da gewesene scheinbar natürliche Kategorie. Historisch betrachtet sind die modernen Nationalstaaten junge Gebilde, ihre Entstehungszeit fällt - nicht zufällig - in die Zeit der Industrialisierung und der damit verbundenen ursprünglichen Akkumulation. Um die Landschaften für die beginnende kapitalistische Vergesellschaftung „fit zu machen“, mußten bestehende personale Abhängigkeitsverhältnisse (unter anderem repräsentiert in den Ständen) zerschlagen werden. Die Vertreibung der Bauern von ihrer Scholle war notwendig, um die begehrten Arbeitskräfte zu produzieren (Stichwort: Doppelt freier Lohnarbeiter² - und für die Betroffenen alles andere als ein Zuckerschlecken. Auch die Merkmale, die „uns Deutsche“ angeblich qua Geburt einigen sollen (Kultur, Sprache etc.) sind nicht



Ursache, sondern Produkt nationalstaatlicher Vergesellschaftung.

Der Rassismus stellt einen im nationalen Denkschema durchaus folgerichtigen Schluß dar: Genau so wie den der eigenen Nation Angehörigen wird zum Beispiel allen Franzosen unterstellt, es gäbe - außer der Tatsache, daß sie die französische Staatsangehörigkeit besitzen - etwas Gemeinsames, was sie zu „Franzosen“ macht. Am Ende steht der Schluß: Wenn der deutsche Staat sozusagen „Ausfluß des Deutscheins“ ist, dann ist es nur richtig, wenn er zuvorderst den „Deutschen“ zugute kommt.

Am deutlichsten wird dieser „normale“ Rassismus in der Asylpolitik deutlich: Menschen, die qua Geburt keinen deutschen Pass bekommen, werden dem Nützlichkeitskalkül unterworfen: Nützen sie „uns“ oder nutzen sie „uns“³ nur aus?⁴ Erwünscht sind also Arbeitsmigranten (türkische Gastarbeiter, indische IT-Spezialisten). Diejenigen aber, die eigenständig ihre Haut vor Hunger, Armut oder Verfolgung nach Deutschland gerettet haben, sind grundsätzlich unerwünscht. Als politisch Verfolgte anerkannt dienen sie allenfalls als diplomatische Manövriermasse. Schließlich hat die Bundesregierung „irgendein Problem“ mit den Zuständen im jeweiligen Land.⁵

Die Sortierung „unerwünscht“



zieht reale Konsequenzen nach sich: In den Asylgesetzen wird Paragraph für Paragraph die prinzipielle Ungleichbehandlung von „Ausländern“ und „Deutschen“ festgeschrieben. Vergleicht man die Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes mit entsprechenden Vorschriften aus dem Bundessozialhilfegesetz, so kann man nur zu dem Schluß kommen, daß sämtliche Regeln quasi „auf den Kopf gestellt“ wurden. Alles, was nach Auffassung zahlreicher Soziologen schädlich auf die Entwicklung einer Persönlichkeit wirkt (beengte Lebensverhältnisse, schlechte Ernährung etc.), wird Flüchtlingen per Gesetz zugemutet.

Das sich die Versorgung der Menschen auch ohne nationalstaatliche Verwaltung durchaus realisieren läßt, haben nicht zuletzt die Versuche der Anarchosyndikalisten während des spanischen Bürgerkrieges oder der Machnow-Bewegung während

der russischen Revolution gezeigt. Beide Projekte scheiterten nicht an der Unmöglichkeit des Vorhabens, sondern weil sie von verschiedenen Seiten aktiv mit Waffengewalt niedergeschlagen wurden.

Tilman Klein

Anmerkungen

- 1: Adorno bezeichnete Ideologie als „notwendig falsches Bewußtsein“, Marx nannte es die „objektive Gedankenform“. Ideologie ist also ein falscher Rückschluß von der Erscheinung auf das Wesen der Gesellschaft. „Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf“ ist zwar eine zutreffende Beschreibung der gesellschaftlichen Verhältnisse (Erscheinung), aber gesellschaftlich erst hergestellt - und somit nicht Wesen oder Ursache der Gesellschaft.
- 2: Frei, seine Arbeitskraft zu verkaufen (keine personalen Abhängigkeitsverhältnisse) aber auch frei an Produktionsmitteln.
- 3: Wobei die Verwendung des Begriffes „uns“ schön diese unreflektierte Identifikation des Staatsbürgers mit seiner ihn verwaltenden Nation zeigt.
- 4: Die selbe Überlegung findet man - allerdings mit im Vergleich weniger gravierenden Folgen - auch in anderen Bereichen: im Umgang mit Obdachlosen zum Beispiel. Der Innenminister von Berlin konnte in einer Rede unkommentiert Obdachlose und Angehörige sozial schwacher Gruppen mit Ratten vergleichen. Menschen mit Dreck und Ungeziefer gleichzusetzen stammt aus der Tradition des Nationalsozialismus.
- 5: Das erklärt auch, warum zum Beispiel kurdische Flüchtlinge generell in den Bruderstaat Türkei abgeschoben werden- trotz erwiesener systematischer Folterungen.



ZUR SITUATION VON MIGRANT(INN)EN



Hallo Cornelius, kannst du dich mal kurz vorstellen?

Mein Name ist Cornelius Yufanyi, ich bin ein Flüchtling aus Kamerun und ich bin seit Februar 1999, also fast 2 Jahren, in Deutschland. Ich engagiere mich bei THE VOICE, einer Selbstorganisation von Flüchtlingen und MigrantInnen in Deutschland.

Du bist am 19.02.2000 in Jena von Neonazis angegriffen worden. Kannst du den Vorfall mal kurz schildern?

Ich bin an diesem Abend nach Mitternacht aus der Stadt mit der Straßenbahn nach Hause gefahren. Nachdem ich aus der Straßenbahn an der Haltestelle Nordstrasse ausgestiegen war, habe ich 3 Leute bemerkt, die mir hinterherliefen und dann auch anfangen, Sprüche zu rufen wie „Nigger raus“ und „Bimbo“ und „Go home“. Daraufhin bin ich schneller gelaufen, aber sie haben das mitgekriegt und sind natürlich auch schneller gelaufen. Ich bin dann bis zu meiner Wohnung

gerannt und habe die Haustür hinter mir zugeschlossen. Die Nazis, die nur noch kurz hinter mir waren, haben dann noch vor die Tür geschlagen und getreten, aber sie ging zum Glück nicht auf. Von meiner Wohnung aus konnte ich dann beobachten, dass sie noch da waren. Ich konnte aber nicht die Polizei anrufen, weil ich gerade ohne Sondererlaubnis in Jena war.

Die Nazis haben dann noch 3 Minuten vor der Tür gestanden, und danach sind sie weggegangen, weil sie nichts machen konnten. Seitdem bin ich nie wieder abends alleine in die Leipziger Straße gegangen, weil ich immer Angst hatte, daß so etwas nochmal passiert.

Ist es für Flüchtlinge normal bzw. Alltag, angegriffen oder vollgepöbelt und beschimpft zu werden?

Auch wenn ich nur ein halbes Jahr in Jena war und dann nach Eichsfeld „umverteilt“ worden bin, also in ein anderes Heim gekommen bin, war ich noch oft in Jena, um bei THE VOICE zu

arbeiten.

Wenn ich dann mit einem Freund von THE VOICE nach Hause gegangen bin, war es oft so, daß Autos vorbeigefahren sind und wir aus dem Auto heraus beschimpft wurden mit „Ausländer raus“, „Go home“ und ähnlichen Sprüchen. Rassistische Beschimpfungen sind also eine Alltagsgeschichte, die Sache im Februar war daher nichts besonders Schlimmes. Vor allem in der Nacht ist es in Jena schon fast eine Ausnahme, nicht angepöbelt zu werden.

Ich kann nicht sagen, daß Rassismus normal ist. Ich habe in Kamerun nie einen „Weißen“ mit „Go home“ oder ähnlichen Sachen beschimpft. Dann frage ich mich oft, ob Deutschland zivilisiert ist oder nicht, ob die Leute noch richtig sind im Kopf.

Worin siehst du die Ursachen für Neonazismus und Rassismus in Deutschland?

Wenn man sich die Geschichte Deutschlands anschaut, ist der jetzige Zustand eigentlich keine große Überraschung. Mit dem Ende des 2. Weltkrieges war der Nazismus nicht einfach



vom Erdboden verschwunden. Auch die NPD, eine schon damals eindeutig nazistische Partei, wurde nach dem Krieg in Deutschland zugelassen.

Aber nur über Neonazis zu reden, bedeutet eine Ablenkung vom eigentlichen Problem. Wir müssen über den Rassismus sprechen. Ich habe vor 2 Tagen (12. Dezember 2000, Anmerkung der Autorin) eine Diskussion im Bundestag verfolgt und alle haben nur über Rechtsradikalismus geredet. Aber der Nährboden für rechtsradikale Aktivitäten ist der Rassismus. Und genau diesen Rassismus finden wir in deutschen Gesetzen, in der deutschen Politik wieder. Es ist eine Folge der staatlichen AusländerInnenpolitik, daß wir jetzt ein „Neonazi-Problem“ haben. Es gibt für Neo-

Be fühlen, ich muss auch Angst haben, von der Polizei kontrolliert zu werden und demütigend behandelt zu werden.

Wenn dieser Staat gegen Rassismus kämpfen würde, gäbe es keine so starke rechtsextreme Szene in Deutschland. Durch die Abschaffung diskriminierender Gesetze könnten sich Flüchtlinge oder Leute, die einer Minderheit angehören, auch verteidigen.

Nimm das Beispiel von Arnstadt: Die Flüchtlinge wurden von Nazis angegriffen, haben die Polizei angerufen und was hat die Polizei gemacht? Sie haben die Flüchtlinge verhaftet und es sogar toleriert, dass die Nazis ihre Opfer noch in der Polizeiwache beschimpft und mit Kaffee übergossen haben. (siehe Seite 15)



nazis viele Möglichkeiten, ihre Taten zu begründen, weil die staatliche Politik sie unterstützt und rassistische Positionen fördert.

Flüchtlinge werden in Heimen von der Bevölkerung isoliert, gesetzlich diskriminiert, bspw. durch die Gutscheinpraxis oder das Residenzpflichtgesetz, und haben nicht die gleichen Rechte wie jeder andere Mensch. Die Nazis treten dann nur nach unten auf die eh schon herabgesetzte Minderheit. Ich kann mich nicht sicher auf der Stra-

Oder nimm das Beispiel, als ich angegriffen wurde: Wenn es daß Residenzpflichtgesetz nicht geben würde, hätte ich die Polizei rufen können oder mich verteidigen können. Aber ich muss nicht nur Angst vor den Nazis haben, ich muss auch Angst haben, wenn ich mich verteidige oder die Polizei rufe, doppelt bestraft zu werden: Einmal durch die Nazis und einmal durch den Staat, weil ich keine Sondergenehmigung hatte, mich in Jena aufzuhalten. Die Gesetze geben

den Nazis also sozusagen grünes Licht für ihre Aktivitäten.

Aber was der Staat tut, ist eigentlich noch schlimmer als das Treiben der Neonazis. Die Nazis sagen „Ausländer raus“ und schlagen Ausländer zusammen, aber der Staat schiebt Menschen ab! Wir von THE VOICE sehen Abschiebung nicht nur als eine Menschenrechtsverletzung, sondern als Eliminierung von Menschen einer Gesellschaft an. Aber genau das ist das Ziel der Nazis: sie fordern „Ausländer raus“ und der Staat macht, was sie wollen. Ich denke, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Staat und den Nazis gibt.

Du hast vorhin diskriminierende Gesetze und die rassistische Politik des Staates und der Ausländerbehörden angesprochen. Kannst du kurz erklären, welche Gesetze du damit meinst?

Da gibt es als erstes das Asylbewerberleistungsgesetz. Flüchtlinge kriegen oft nur Essenspakete (z.T. mit abgelaufenem Haltbarkeitsdatum) oder Wertgutscheine statt Geld. Als „Taschengeld“ erhalten Flüchtlinge 80DM pro Monat, von denen sie z.B. auch Anwälte für ihr Asylverfahren bezahlen müssen. Die Wertgutscheine können sie dazu nicht benutzen, sondern damit sollen sie sich Essen und Hygieneartikel kaufen, allerdings ist streng eingegrenzt, was sie sich kaufen und in welchen Läden sie es kaufen dürfen.

Dann gibt es das Residenzpflichtgesetz, das Flüchtlinge beschränkt. Sie dürfen ihren Landkreis nicht verlassen, ohne sich vorher eine Sondergenehmigung von der Ausländerbehörde zu holen. Das Residenzpflichtgesetz ist nicht nur ein diskriminierendes Gesetz, es ist ein Apartheid-Ge-

setz. Es gibt eine Gruppe von Menschen, die nicht an andere Orte gehen dürfen, obwohl sie dafür gute Gründe haben. Es ist ein Geburtsrecht für einen Menschen, sich frei zu bewegen. Und dann gibt es natürlich die Gesetze zur Abschiebung und zur Abschiebehaft. Normalerweise ist es so: Wenn dein Asylverfahren abgeschlossen ist, kannst du abgeschoben werden. Und diese Abschiebungen laufen häufig auch gewalttätig ab. Wenn man Deutschland nicht rechtzeitig verläßt, dürfen Flüchtlinge für ein halbes bis ein Jahr in Abschiebehaft genommen und dann abgeschoben werden. Schon mehrfach ist

deutsche immer den unteren Platz zugewiesen kriegen, egal ob vom Staat oder der Gesellschaft.

Du hast selber eine Gerichtsverhandlung anstehen. Du bist angeklagt, das Residenzpflichtgesetz mißachtet und deinen Landkreis verlassen zu haben. Wie ist da gerade der Stand der Dinge?

Das ist richtig. Ich bin angeklagt, im Sommer diesen Jahres meinen Landkreis verlassen und den KARAWANE-Flüchtlingskongress in Jena mitorganisiert zu haben. Der erste Prozesstag, der auch von



es vorgekommen, daß Menschen in der Abschiebehaft oder bei der Abschiebung „umgekommen“ sind. (z.B. weil sie von BGS-Beamten erstickt wurden, Anmerkung der Autorin) Weiterhin liegen die meisten Asylbewerberheime, in denen Flüchtlinge untergebracht werden, isoliert oder weit von der Stadt entfernt. Man ist isoliert, man ist ausgegrenzt. Man wird als Flüchtling nicht wie ein Mensch behandelt, sondern vielmehr wie ein Tier.

Auch als Migrant oder anerkannter Flüchtling kann man noch mit persönlichen Schikanen der Ausländerbehörden rechnen und muß sich mühsam seine Rechte erkämpfen.

Als Flüchtling bist du ständig abhängig von den Deutschen, bist du immer eine Klasse unter ihnen. Es gibt eine ständige Hierarchie und Ungleichheit zwischen Deutschen und Nichtdeutschen, wobei Nicht-

80 AntirassistInnen begleitet wurde, die die Abschaffung der Residenzpflicht forderten, war am 12. Oktober 2000 in Worbis. Mittlerweile hat das Gericht vorgeschlagen, das Verfahren gegen mich wegen Geringfügigkeit einzustellen. Aber mein Anwalt und ich sind nicht mit dem Ziel angetreten, einen Freispruch für einen Einzelnen herauszubekommen. Uns ging es darum, nach außen zu tragen, daß es rassistische Gesetze gibt, die wir so nicht hinnehmen. Wir werden einen Freispruch nicht akzeptieren, sondern das Verfahren solange weiterführen, bis das diskriminierende Residenzpflichtgesetz als rechtswidrig anerkannt wird, wenn es sein muss, bis vor den europäischen Gerichtshof.

Eine letzte Frage: Wie kämpft ihr von THE VOICE gegen die Schwierigkeiten, mit denen Flüchtlinge in Deutschland klarkommen

müssen und was kann ich selber ganz konkret gegen die Diskriminierung und für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen tun?

Erst einmal sollten Schülerinnen und Schüler erkennen, daß Deutschland kein Land für Deutsche ist, sondern ein Land für Menschen.

Ich musste in Göttingen zur Ausländerbehörde, und es gab dort junge Leute, die dort gearbeitet haben oder ein Praktikum gemacht haben. Und sie machen es genau so wie die Älteren, stehen hinter ihren Gesetzen und führen alles einfach nur aus. Was mit den Leuten passiert, ist ihnen wurscht.

Als Schüler oder Schülerinnen müssen wir auch akzeptieren, dass jeder mit Ausländern zusammenwohnen könnte. Außerdem ist es wichtig, überhaupt erst einmal mit AusländerInnen in Kontakt zu kommen, uns und unsere Probleme kennenzulernen und ernstzunehmen.

Ich glaube, wenn jemand nicht die Vorhänge zuzieht, auf Fremde auch zugehen kann, dann wird er oder sie auch etwas finden, was er oder sie machen könnte.

Und die zweite Sache, was wir von THE VOICE machen: natürlich kämpfen wir gegen die derzeitige Situation von Flüchtlingen, aber wir machen auch aufmerksam auf die Situation in unseren Heimatländern. Und wir kämpfen nicht nur für die Rechte von Flüchtlingen, sondern für gleiche Rechte für alle Menschen, die in Deutschland leben.

Das, denke ich, ist ein schönes Schlußwort. Danke für das Gespräch und auf jeden Fall viel Erfolg für deinen Prozess!

*Das Interview führte
Franka Hessler.*

BURSCHENSCHAFTEN UND ANDERE HERRENREITER



Wenn man sich auch darüber streiten kann, ob Burschenschaften jemals fortschrittliche Ziele vertraten, so ist es um so notwendiger, ihr heutiges Weltbild kritisch unter die Lupe zu nehmen. Korporierte halten sich selbst für Eliten an den Universitäten und haben gute Beziehungen zu Wirtschaft und Politik. Aufgebaut wurden diese ab 1945 als ein Großteil der sogenannten "Alten Herren", welche schon während des Naziregimes und davor hohe gesellschaftliche Stellungen bezogen hatten, in ihre alten Positionen zurückkehrten. Sie vermittelten ihre Posten später fast ausschließlich an Burschenschafter. Viele Unternehmen suchen sich ihre Mitarbeiter vor allem unter den Burschenschäftlern, weil sie hoffen, sich dadurch wettbewerbsfähiger machen zu können. Sie halten Bewerber aus dem Bereich der Korporierten für intelligenter, ehrgeiziger und konkurrenzwilliger. Seitens der Verbindungen dient diese "Klüngelwirtschaft" als Privileg zur späteren Machtausübung. Weiterhin wird durch regelmäßig vollzogene Rituale wie der Mensur und dem Kommers die Gewaltbereitschaft und der Mili-

tarismus unter den Mitgliedern verstärkt. Bei der Mensur wird mit degenähnlichen Waffen gegeneinander gekämpft; die Kämpfenden stehen sich mit nacktem Oberkörper gegenüber, stürzen aufeinander zu und schlagen sich "Schmisse" ins Gesicht sowie auf Rücken und Brust. Dabei zustande kommende Verletzungen werden mit Stolz getragen, schließlich stellen sie einen großen Männlichkeitsbeweis dar. Der Kommers verfolgt ähnliche Zwecke, man kann ihn sich als eine Art Trinkwettbewerb bis zum Umkippen vorstellen. Je nach Stellung innerhalb der Burschenschaft (die unterste Stellung in dieser Hierarchie nehmen die Füxe ein, ihnen folgen die Burschen bis hin zu den Alten Herren) kann ein Korporierter dem anderen befehlen, solange zu trinken bis der über ihm Stehende "Satis" (lat. zufrieden) sagt, oder, falls dieses ausbleibt, bis zum Umfallen. Hinzu kommen Schikanen, wie zum Beispiel das Verbot, auf Toilette zu gehen. Diese Rituale dienen vor allem dazu, die Mitglieder an ihre Burschenschaft zu binden. Sie sollen bereit sein, für die Gruppe und das Vaterland einzustehen und keine Hemmun-

gen haben, Verletzungen dafür in Kauf zu nehmen.

Was den Rassismus betrifft, muss man die Burschenschaften differenziert betrachten. Es gibt sowohl Korporationen mit extrem konservativen bis neofaschistischen Ansichten, als auch andere, welche nichtdeutsche Männer als Mitglieder akzeptieren. Fakt ist aber, daß die meisten Jenaer Burschenschaften Mitglied im Dachverband "Deutsche Burschenschaft (DB)" sind, deren offener Rassismus nicht zu leugnen ist. Zum Beispiel nimmt dieser keine ausländischen Männer als Mitglieder auf und auch die CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft wurde tatkräftig unterstützt. Er setzte und setzt sich auf unzureichende Weise mit der deutschen Geschichte von 1933-45 auseinander. Zwar gab es viele Stellungnahmen zu dieser Zeit, in denen aber kein Wort über die Verfolgung von Juden, Kommunisten, Sozialisten, Sinti, Roma, Homosexuellen und Behinderten zu lesen ist. Im Gegenteil: es ist in solchen Schriften oft davon die Rede, dass Burschenschaften verboten wurden, womit sie sich selbst als "Verfolgte des Naziregimes" darstellen und damit den Holocaust relativieren. Tatsächlich sind die meisten Burschenschafter in dieser Zeit dem "Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund" beigetreten. Bei einem Seminar der DB zum Thema "Deutsche Burschenschaft und Nationalsozialismus" beschränkte sich die Kritik darauf, daß Deutschland unter NSDAP-Führung ein "Einparteienstaat" war, welcher eine "gemeineuropäische Erscheinung" gewesen sei.

Die Burschenschaft "Germania



Andre Kapke

Der 1975 geborene Andre Kapke ist einer der bekanntesten, seit mehreren Jahren aktiven Neonazis in Jena. Zuzuordnen ist er dem THS. 1998 ließ dieser Aufkleber mit der Aufschrift „Bratwurst statt Döner“ drucken. V.i.S.d.P. (Verantwortlicher im Sinne des Preserechtes): Andre Kapke. Auch in Reyk Seelas im Mai 2000 erschienenem, unsäglichen Werk „Jugendlicher Extremismus in der Mitte Deutschlands“ darf er als Vertreter der „Anti-Antifa-Ostthüringen“-synonym für den THS- auftreten. Seit Oktober 2000 behauptet der THS aus taktischen Gründen allerdings öffentlich, Andre Kapke sei nie Mitglied des THS gewesen und könne es auch nicht werden. Als Grund dafür wird angegeben: „Strafrechtlich mehrfach in Erscheinung getreten.“ Wenigstens ist die Begründung keine Lüge: Kapkes Vorstrafenregister weist mehrere Verurteilungen wegen (z.T. schwerer) Körperverletzung oder Nötigung auf, zuletzt wegen eines Angriffs auf zwei junge Frauen im Januar 1999. Gleichzeitig verurteilt wurde sein NPD-Freund Ralf Wohlleben, der z.Z. im Winzerlaer Ortschaftsrat sitzt. Aber auch über Kontakte zu Terroristen konnte (kann?) er nicht klagen: Kurz bevor die drei „Bombenbastler“ Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe wegen des Verdachts der Vorbereitung von Sprengstoffattentaten vor dem BKA untertauchen mussten, begab er sich gemeinsam mit den Genannten auf eine NPD-Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in Dresden am 24.01.98. Aktiv ist Andre Kapke ebenfalls als sog. „Anti-Antifa-Fotograf“. Das bedeutet, er fertigt Fotoaufnahmen von AntifaschistInnen an, die in „Feindkarteen“ gesammelt werden können, um zivilgesellschaftlich engagierte Menschen gezielt einschüchtern oder angreifen zu können. Zuletzt musste er vom Fotografieren von TeilnehmerInnen einer Mahnwache nach dem Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge am 20.04.00 abgehalten werden.

Hamburg“ lud schon den bekannten Auschwitzleugner David Irving ein und Manfred Kanther aus einer Marburger Corps-Verbindung zeigte endgültig, was er aus der deutschen Geschichte gelernt hat: „Wir wollen auch weiterhin national gesinnte Menschen in alle führenden Berufe unserer Gesellschaft entsenden.“

Auch ein Blick auf die Mitgliederlisten der DB zeigt, dass Kontakte zu rechtsextremen Gruppierungen bestehen. So finden wir dort zum Beispiel Jörg Haider (FPÖ) und Rolf Schlierer (Vorsitzender der Republikaner). Weiterhin stehen der Dachverband und seine Mitglieder zum Beispiel über Christian Kapke im Kontakt mit dem Thüringer Heimatschutz. Selbst denen, die sich bisher

nicht so ausführlich mit dem Thema Korporationen beschäftigt haben, blieb das nicht verborgen; so berichteten Jenaer Anwohner von „Heil Hitler“- Rufen während einer Veranstaltung zum Burschentag 1997.

Ein weiterer Punkt ist, dass die DB die deutsche Grenzziehung nicht anerkennt. Das zeigt sich sowohl darin, dass die ehemalige DDR als Mitteldeutschland bezeichnet wird, als auch darin, dass sie 1956 die „Rückgabe der deutschen Ostgebiete“, also ein „Großdeutsches Reich“ forderte und bis heute an dieser Forderung festhält.

Das ist nicht das Einzige, worin die Burschenschaften reaktionär denken. Auch was die Rolle der Frau betrifft, haben die Männer-

verbände eine völlig überholte, patriarchale Vorstellung. In den meisten Verbindungen sind Frauen ausgeschlossen, in den wenigen, wo das nicht der Fall ist, dienen sie als hübsch brave, ewig lächelnde Begleitung, mit der Mann sich gerne schmückt oder sogar als bloßes Sexobjekt. Die Corps „Saxonia“ zum Beispiel veröffentlichte auf ihre Website Sprüche, die nicht nur frauenfeindlich, sondern regelrecht anmaßend sind:

„Frauen sind stark, wenn sie sich mit ihren Schwächen bewaffnen.“
 „Eine Frau sagt nein und nickt ja.“
 „Beurteile ein Mädchen am Bocktrog und nicht beim Tanze.“
 Das alles sollten wir bedenken, wenn wir überlegen, ob solche patriarchalen Vereinigungen wirklich demokratie- und friedensfördernd sind oder uns nicht vielmehr zu einem, unseren Großeltern noch gut bekannten, System zurückführen.

Katharina J. Aschenbrenner

Burschenschaft Jenensia (DB)

Am Ende des Jahres 1999 geriet die Burschenschaft Jenensia in die Schlagzeilen: Der aus mehreren rechtsextremen Publikationen bekannte Peter Dehoust (Leiter des neurechten „Nation und Europa“-Verlages) war für einen Vortragsabend „Wiedergutmachung und kein Ende“ eingeladen worden.

Nach umständlichem Taktieren des Pressesprechers der Burschenschaft, Dirk Metzger, die Veranstaltung würde ausfallen, erschien Peter Dehoust dennoch zur angekündigten Zeit auf der Etage der Jenensia. Der Thüringer Heimatschutz und die Polizei sicherten den Verlauf der Veranstaltung, der von Protesten begleitet war.

Ungestört, hinter verschlossenen Türen, sprach Dehoust über Entschädigungsleistungen nach dem letz-

ten Weltkrieg. Parolen waren von ihm nicht zu hören, nur seine "persönliche Meinung", untermalt mit Bildern von angeblichen Mercedes-Lieferungen an Opfer des Faschismus, Winkeladvokaten von der amerikanischen Ostküste, die vom Recht nichts verstünden sondern nur mit moralischem Druck arbeiteten.

Mit Überraschung reagierten die übrigen Mitglieder der Burschenschaft und distanzierten sich von den Organisatoren. Man habe, so die einhellige Meinung, nichts von dieser Veranstaltung gewußt. Elf Mitglieder, die offensichtlich etwas gewußt hatten, traten – angeblich auf äußeren Druck, sitzen doch immerhin hohe Regierungsbeamte aus Erfurt in der Jenensia – aus der Burschenschaft aus. Unter ihnen befand sich auch der frühere Pressesprecher und Referent ("Hat die Kirche Zukunft?", Oktober 1997), der Theologiestudent Dirk Metzsig. Zwei Alte Herren folgten aus Solidarität.

Wenngleich der Verfassungsschutz anschließend das Urteil "gesäubert" über diese Burschenschaft fällte, sind die Zweifel doch nicht ganz auszuräumen. Möglicherweise wußte niemand, daß der Pressesprecher gute Beziehungen zum Thüringer Heimatschutz pflegte. Eventuell waren nur die elf nunmehr entfernten Personen "auf dem Haus", wenn stadtbekannt Neonazis zum Grillabend (07.03.1999) vorbeikamen. Vielleicht konnten ähnliche Veranstaltungen, etwa zum Thema "Partei oder Bewegung – ist Deutschland noch zu retten?" (Oktober 1997) einschließlich des Referenten Dr. Alfred Mechtersheimer und der Gäste (Wilhelm Tell jun., Kreisvorsitzender der Republikaner, Dr. Hans-Joachim Schneider, Stellvertreter; Prof. Günther Zehm) geheim gehalten werden. Eventuell wurde der Veranstaltungshinweis zu "Konservativem Denken in Deutschland gestern und heute" mit Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing wirklich nur von den Stu-

denten in der Mensa bemerkt, in der die Flugblätter lagen. Aber ist das wahrscheinlich?

Burschenschaft Normannia Jena

Mit dem – offiziellen – Gründungsdatum im Februar 2000 ist die Burschenschaft Normannia die jüngste Jenaer Studentenverbindung. Nach dem Ausschluß bzw. Austritt von dreizehn Mitgliedern der Jenensia suchten zumindest einige von ihnen eine neue Bleibe. Als wesentlicher Initiator der Neugründung trat Dirk Metzsig erneut ins Licht der Öffentlichkeit. Das Landesamt für Verfassungsschutz schätzt die Normannia als Sammelbecken für studentische wie nichtstudentische Neonazis ein. Eigenen Angaben zufolge wurde der Gründungsakt von Vertretern anderer Burschenschaften und Lokalpolitikern besucht. Ein wohl für die rechte Szene erstelltes Infoblatt berichtete auch über die Anwesenheit Heinrich Lummers (der ehemalige Berliner Innensenator trat 1986 zurück, nachdem bekannt wurde, daß er eine rechtsextreme Gruppe unterstützt hatte). 1993 trat Lummer bereits schon einmal bei einer burschenschaftlichen Veranstaltung in Jena auf. Damals hatte der Ausschuß für burschenschaftliche Arbeit der DB den CDU-Politiker eingeladen.

Burschenschaft Arminia auf dem Burgkeller (DB)

Eine gutbürgerliche Gaststätte an einer vielbefahrenen Straße, darüber die Vereinsräume. Das Gebäude täuscht ein Alter vor, daß nur das unterste Stockwerk erreicht hat. Nachdem die Burschenschaft Arminia auf dem Burgkeller sich aufmachte, die "Grüne Tanne" am Saaleufer und damit des Gründungsort der

Urburschenschaft zu retten, wurden 1992 die oberen Stockwerke abgerissen. Die genehmigte Variante des Bauvorhabens sah allerdings nur ein vorsichtiges Abtragen des Dachstuhles vor.

Dabei hatte im Jahre 1990 alles sehr harmonisch begonnen. Unter der Voraussetzung, dort den "Gedanken eines europäischen Jugendzentrums (zu) verfolgen", verkaufte die Stadt Jena die Immobilie an den Investor. Dann folgten Baubeginn, Baustop wegen Geldmangel, Gründung einer gemeinnützigen Stiftung. Stadt und Universität sprangen ein, das geschichtsträchtige Gebäude wieder herzustellen.

Doch bei der Wiedereröffnung im Juni 1994 galt die Aufmerksamkeit des Oberbürgermeisters, des Rektors und der offiziellen Feierstunde in der Aula der Universität nur der Gründungsstätte der Urburschenschaft. Damit wurde ein Gebäude vereinnahmt, das zwischenzeitlich Sitz für Gemeindeversammlungen, anschließend Rathaus war, das von Goethe besucht wurde und Tagungsort für Gewerkschaften und Sozialdemokratie zur Jahrhundertwende war. Seitdem tritt die Burschenschaft Arminia auf dem Burgkeller als Aushängeschild der Jenaer Burschenschaften auf (die Unregelmäßigkeiten beim Verkauf hatten kein juristisches Nachspiel. Sie gilt auch unter den Jenaer Burschenschaften als die liberalste, soweit man das sagen kann über Verbindungen, die nur wehrdienstleistende deutsche Männer aufnehmen und bei denen die Mensur Pflicht ist. Schlagzeilen wie die Jenensia werden die Arminen jedoch nicht liefern, wenngleich sie mit dieser zumindest freundschaftlich genug gestellt sind, in einem Waffenring zu sein und ihnen damit mehr Anerkennung zuteil wird als jedem Nicht-Burschen (Mensuren zu schlagen ist in diesen Gruppen immerhin ein kaum zu überbietender Ehrbeweis).

Petra M. Kirschey

Die „Deutsche Burschenschaft“

1815 gründete sich in Jena die erste Burschenschaft, die sog. Jenaer „Urburschenschaft“. Burschenschaften waren zu dieser Zeit Studentenverbindungen des aufsteigenden Bildungsbürgertums, die sich entsprechend der Ideen der Aufklärung engagierten und als Leitspruch die Parole der französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ übernahmen. Bei Ereignissen wie dem Hambacher Fest 1817 waren Burschenschafter vertreten. Wenn sich auch schon früh ein vorwiegend christlich geprägter Antisemitismus zeigte (so wurden beispielsweise bei den Bücherverbrennungen reaktionärer Literatur auf dem burschenschaftlichen Wartburgfest 1815 auch Werke des jüdischen Autors Saul Ascher ins Feuer geworfen), so waren es doch vorrangig Nationalliberale und Burschenschafter, die auf die demokratische Revolution von 1848 drängten.

Doch spätestens ab Ende der 70er/80er Jahre des 19. Jh. war von diesem liberalen, aufklärerischen Denken nicht mehr viel zu spüren. Im Gegenteil: nach dem Scheitern der Revolution traten die seit Beginn vorhandenen national-völkischen Vorstellungen wieder mehr in den Vordergrund und verringerten sich die Differenzen zwischen der eher feudal-aristokratischen Corpshaltung und der national-freiheitlichen Gesinnung der Burschenschafter. Burschenschaften hatten mehr und mehr die Riten der feudal-aristokratischen Gesellschaft übernommen und sich zu Stützen des reaktionären, autoritären Kaiserreiches gewandelt.

Kurz nachdem 1881 der „Allgemeine Deputierten Convent“ als Dachverband der studentischen Verbindungen gegründet wurde, nahmen die Verbindungsstudenten 1883 die christliche Konfession als Bedingung einer Mitgliedschaft in ihre Satzung auf. Juden war da-

mit von vornherein die Mitgliedschaft verwehrt. In den folgenden Jahren setzte sich dieser Feudalisierungstrend fort, die Mensur (das Fechten) wurde eingeführt und - ganz der alten antisemitischen Tradition entsprechend - als neues Feindbild der als jüdische Verschwörung begriffene Sozialismus auserkoren. Als Nachfolger des „Allgemeinen Deputierten Convent“ wurde 1902 die „Deutsche Burschenschaft“ als Dachverband gegründet.

Geleitet vom Gedanken, der Welt die „Überlegenheit“ der deutschen Rasse zu demonstrieren, zogen grosse Teile der Korporierten 1914 in den ersten Weltkrieg. Nach der Niederlage Deutschlands 1918 übernahmen sie die Dolchstosslegende und standen der ersten demokratischen Republik auf deutschem Boden feindlich gegenüber. So beteiligten sich Burschenschafter führend an Kapp- und Hitler-Putsch, engagierten sich vor allem aber auch in den Freikorps, die blutig linke ArbeiterInnenaufstände niederschlugen. So ist es kein Wunder, dass im März 1933 in den „Burschenschaftlichen Blättern“, dem Publikationsorgan der DB zu lesen war: „Was wir seit Jahren ersehnt und erstrebt und wofür im Geiste der Burschenschafter von 1817 ... gearbeitet haben, ist Tatsache geworden“. Die alten burschenschaftlichen Korporationen waren bis 1935 in den NSDStB (Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, gegründet 1926) integriert worden.

Die offenkundige Unterstützung des NS-Regimes hatte 1945 das Verbot der burschenschaftlichen Korporationen zur Folge. Aber schon 1951 wurden sie in der BRD erneut zugelassen. Im „Göttinger Mensurprozess“ 1965 erstritten sie sich das Sonderrecht, eine Mensur zu schlagen, ohne dass dieses Männlichkeitsritual als Körper-

verletzung sanktioniert wird. Seitdem betreiben Burschenschaften mit wechselndem Erfolg nicht nur an Hochschulen ihre reaktionäre, revisionistische und nationalistische Politik. Ihren Charakter bewiesen sie nicht nur in zahlreichen Kungeleien mit Rechtsextremisten, sondern auch durch die Beschlüsse der DB, die für alle Mitgliedsverbände bindend sind. Verbandspolitisch tat sich vor allem die 1961 gegründete Burschenschaftliche Gemeinschaft (BG), eine Gruppierung innerhalb der DB, als rechter Vorreiter hervor. Sie war maßgeblich für die Etablierung des „Volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriffes“ verantwortlich, was nichts anderes ist als die alte Nazi-„Blut und Boden“-Ideologie. So werden dann auch ganz schnell österreichische B! „heim ins Reich“ geholt und in die Deutsche Burschenschaft aufgenommen. 1971 fusionierten folgerichtig DB und DB Österreich. Mit dem Fall der Mauer 1989 kehrten viele Burschenschaften in die ehemalige DDR zurück, im großdeutschen Taumel der Nation erlebten auch die Burschenschaften einen gesamtdeutschen Aufschwung.

Mittlerweile hat sich 1996 die „Neue Deutsche Burschenschaft“, der z.Z. (Jan. 2001) 40 Verbindungen angehören, von der DB wegen deren aggressivem Nationalismus und Militarismus abgespalten. Sie wollten wieder mehr die Ideen des Liberalismus und der Toleranz in den Mittelpunkt rücken. Allerdings beweist die Realität, dass die Differenzen zwischen DB und NDB nicht besonders groß gewesen sein können: schon zwei Jahre später, 1998, organisierten beide Dachverbände gemeinsam die Jubiläumsfeier zum 150. Jahrestag der Paulskirchenverfassung...

Franka Hessler

NEOFASCHISTISCHE (KENN)ZEICHEN



Abkürzungen

Die hier aufgeführten Buchstaben oder Zahlen haben sich in der rechten Szene etabliert und werden in dieser Form z.B. als nicht strafbare Version für verfassungswidrige Symbole oder Parolen verwendet. Verwendung finden diese Abkürzungen z.B. auf Kleidungsstücken (Basecaps, T-Shirts, usw.), oder auch als Ergänzung zu Unterschriften bei Texten, um die eigene Gesinnung zu zeigen.

14 - steht für den 1. und 4. Buchstaben des Alphabetes und dient als Abkürzung für "Auf Deutschland".

18 - steht für den 1. und 8. Buchstaben des Alphabetes und dient als Abkürzung für "Adolf Hitler".

74 - steht für den 7. und 4. Buchstaben des Alphabetes und dient als Abkürzung für "Großdeutschland".

88 - steht für zwei mal den 8. Buchstaben des Alphabetes und dient als Abkürzung für "Heil Hitler".

14 Words - steht für: "Wir müssen den Fortbestand unserer arischen Rasse wahren und auch die Zukunft unserer Kinder" ("we must secure the existence of our race and a future for white children") und bezieht sich auf ein Zitat des amerikanischen Rassisten David Lane.

B & H - steht für "Blood and Honour" (dt. Blut und Ehre); B&H

ist eine in vielen Staaten aktive Naziskinheadbewegung, die sich nach einem Wahlspruch der SS benannt hat. Ende Sommer 2000 wurde B&H sowie deren Jugendorganisation (White Youth) verboten.

WP - steht für "White Power" einen Wahlspruch des Klu-Klux-Klan (eine Rassistengruppe aus den USA), und wurde später von dem britischen Neonazi Ian Stuart (Sänger der Band Skrewdriver) zusammenfassend für eine nazistische und rassistische Theorie benutzt.

RAHOWA - steht für "RAcial HOly WAR", also den "heiligen Rassenkrieg".

Symbole

Viele der hier dargestellten Symbole werden häufig von Rechts-extremisten verwendet. Einige sind Aufnäher (Gauwinkel) andere dienen als Schmuckstücke (Ketten, usw.) und wiederum andere werden auf Plakaten, Aufklebern und Flyern verwendet. Aber alle stehen für das selbe menschenverachtende Denken.

Hakenkreuz (I)
Symbol der NSDAP

Strafbar in allen Variationen verboten (seitenverkehrt, negativ, Swastika)

Keltenkreuz (II)
Symbol der Naziskinheadszenen, steht für die "Überlegenheit der weißen, nordischen Rasse"

strafbar
Sonnenkreuz (III)
Benutzung durch den Klu-Klux-Klan

strafbar
Sig-Rune (IV)
im NS: Zeichen des deutschen Jungvolkes, heute oft Verwendung anstelle der normalen Schreibweise des "S"

strafbar
Wolfsangel (V)
im Emblem der SS

strafbar
Odal-Rune (VI)
Symbol der Hitlerjugend, später Verwendung durch Wiking-Jugend und BNS - eine leicht abgewandelte Version wird heute noch von der Bundeswehr verwendet

strafbar
Hammer & Schwert (VII)
Symbol freier nationalistischer Gruppen

nicht strafbar
Triskele (VIII)
Benutzung durch den Klu-Klux-Klan

nicht strafbar
SS-Totenkopf (IX)
mit der SS-Losung "meine Ehre heißt Treue"

strafbar
Gau-Abzeichen (X)
auch Gauwinkel, wurde verwendet zur Einteilung der Gaue im NS

strafbar
Hitler-Gruß (ohne Abb.)
strafbar

Kühnen-Gruß (ohne Abb.)
oder auch "Widerstandsgruß" benannt nach dem bundesdeutschen Neonaziführer Michael Kühnen, dieser ist Anfang der 90iger Jahre an AIDS gestorben

strafbar
Reichskriegsflagge (XI)
die Reichskriegsflagge gab es in 4 Versionen in den Jahren 1867 - 1945

strafbar in der Version von 1935 - 1945, die Version von 1867 - 1921 wird z.B. in Sachsen auf Antrag polizeilich eingezogen

White Power (XII)
verwendet eine Abwandlung des Keltenkreuzes

in dieser Variante strafbar

Alexander P. P. Däniken
und Paul Waurick



